

Aus: Ernst Lohoff/ Norbert Trenkle (Hrsg.): Shutdown. Klima, Corona und der notwendige Ausstieg aus dem Kapitalismus.
Münster : Unrast-Verlag, 2020, S. 55 - 96

Norbert Trenkle

Verdrängte Kosten

Die Externalisierungslogik der kapitalistischen Reichtumsproduktion und deren Aufhebung

Der Maßstab des Reichtums

Einer der ewigen Mythen über den Kapitalismus erzählt, er sei aufgrund seiner unglaublichen Effizienz und Produktivität allen anderen Gesellschaftsformen überlegen. Doch dieser Mythos verleugnet nicht nur die ungeheure Gewaltsamkeit, mit der die kapitalistische Produktionsweise historisch durchgesetzt wurde, sondern verdrängt auch, dass ihre angebliche Effizienz vor allem darauf beruht, alle negativen Effekte auf verschiedene Weise zu externalisieren und damit systematisch die wirklichen Kosten für Natur und Gesellschaft auszublenden. Dabei handelt es sich nicht um ein äußerliches Merkmal, das durch irgendwelche technischen oder politischen Maßnahmen behoben werden könnte; vielmehr gehört die Externalisierungslogik zum innersten Wesen der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Wenn sie nun zunehmend wahrgenommen und zum Gegenstand der Kritik gemacht wird (Brand/Wissen 2017; Lessenich 2018), dann vor allem deshalb, weil sie mit der globalen Durchsetzung des Kapitalismus an ihre Grenzen stößt. Es gibt kein vermeintliches ›Außen‹ mehr, auf das die Kosten noch abgewälzt werden könnten. Das Verdrängte kehrt vielmehr mit aller Macht zurück und stellt auch in den Gewinnerregionen des Weltmarkts nicht nur die Grundlagen der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, sondern mit ihr auch die menschlichen Lebensgrundlagen insgesamt infrage.

Um zu verstehen, was diese Externalisierungslogik und die ihr innewohnende zerstörerische Gewalt ausmacht, müssen wir uns zunächst vor Augen führen, was die kapitalistische Form der Reichtumsproduktion in ihrem Wesen ausmacht. Wie kommt es, dass sie sich einerseits absolut setzen und über die gesamte Welt ausdehnen kann und gleichzeitig ein ›Außen‹ ihrer

selbst herstellt, auf dessen Kosten sie prozessiert? Im ökologischen und wachstumskritischen Diskurs seit den 1970er-Jahren wird immer wieder auf einen Aspekt hingewiesen, der diesen Zusammenhang erhellen kann: Der kapitalistische Begriff des Reichtums ist extrem eng und exklusiv gefasst. In der kapitalistischen Gesellschaft gilt als Reichtum nur, was sich in Waren- und Geldeinheiten ausdrücken lässt. Paradigmatisch hierfür ist die zentrale volkswirtschaftliche Maßzahl, das Brutto-Inlandsprodukt (BIP), die den monetären Wert aller im Inland hergestellten Güter und Dienstleistungen abzüglich der Vorleistungen wiedergibt (Lepenies 2013, S. 15)¹. Die Kritik an dieser Messung des Reichtums zielt zunächst ganz grundsätzlich auf die Tatsache, dass sie per Definition alle nicht-monetären Aktivitäten und Aspekte ausschließt. Das gilt in besonderem Maße für alle nicht-entlohten Tätigkeiten in der privaten Sphäre, wie die Hausarbeit und alle Care-Tätigkeiten, die gemäß der vorherrschenden geschlechtlichen Arbeitsteilung überwiegend den Frauen zugewiesen werden. Ebenso ausgeschlossen aus der Reichtumsdefinition sind aber auch alle sogenannten ehrenamtlichen und freiwilligen Tätigkeiten in Vereinen, kulturellen, sozialen und politischen Organisationen sowie jede Art der nachbarschaftlichen oder freundschaftlichen Hilfe.

Des Weiteren wird angeführt, dass die BIP-Maßzahl alle qualitativen und nicht-quantifizierbaren Aspekte des gesellschaftlichen Reichtums unberücksichtigt lässt, obwohl diese doch für das gesellschaftliche Leben und das individuelle Wohlbefinden eine zentrale Rolle spielen. So gebe das BIP beispielsweise keine Auskunft darüber, welche Lebensqualität die Städte und Landschaften in einem Land bieten, ob die Menschen friedlich zusammenleben und befriedigende soziale Beziehungen haben, welchem Leistungsdruck sie ausgesetzt sind etc. Dementsprechend scherzte der später ermordete Robert Kennedy bereits 1968: »Das Bruttoinlandsprodukt

1 Die statistische Maßzahl BIP ist zwar relativ jung; sie wurde erst in den 1930er-Jahren in den USA als Indikator für die volkswirtschaftliche Entwicklung entwickelt. Doch erste Versuche, den gesellschaftlichen Reichtum zu messen und das sogenannte Volkseinkommen zu berechnen, finden sich bereits bei den Urvätern der ökonomischen Theorie, so etwa bei William Petty, der eine sogenannte »politische Arithmetik« entwickelte, die den Regierungen dabei helfen sollte, den wirtschaftlichen Wohlstand zu mehren. (vgl. die einschlägige Abhandlung von Lepenies 2013 sowie zu Petty auch Stapelfeld 2006, S. 256 ff.)

misst alles, außer dem, was das Leben lebenswert macht.«² Hinzu kommt noch der besonders absurde Effekt, dass bei einer Messung des Reichtums in Geldgrößen sich sogar das Verursachen von Schäden und menschlichem Leid statistisch als eine Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums ausdrückt. Ein Autounfall, bei dem Menschen verletzt werden, erscheint als eine Steigerung des BIP, weil die beschädigten Autos entweder repariert oder ersetzt werden müssen und die Behandlung der Verletzten dem Krankenhaus und den Pharmaunternehmen zusätzliche Einnahmen beschert; ein Chemieunfall, der den Boden oder einen Fluss verseucht, drückt sich ebenfalls in einem statistischen Plus aus, weil Firmen und Arbeitskräfte für die Beseitigung der Schäden bezahlt werden und so ein Einkommen erzielen, das anderenfalls nicht angefallen wäre.

Diese Kritik am BIP als dem Maßstab des gesellschaftlichen Reichtums wird in den meisten Fällen dahingehend aufgelöst, indem ein neuer, erweiterter Indikator eingefordert wird. So entwickelten die Ökonomen Herman Daly und John Cobb bereits im Jahr 1989 den *Regional/ Index of Sustainable Economic Welfare/Well-Being (ISEW)*, der auch soziale und ökologische Aspekte berücksichtigen und in monetäre Größen umrechnen soll (Exner/Lauck/Kulterer 2008, S. 99 ff.; Jackson 2012). Auf dieser Grundlage erarbeitete 20 Jahre später eine Arbeitsgruppe um Hans Diefenbacher im Auftrag des Umweltbundesamtes den sogenannten *Nationalen Wohlfahrtsindex (NWI)* (Diefenbacher/Zieschank 2011), der einer ähnlichen Systematik folgt und Wohlfahrt versteht »als die Gesamtheit der materiellen und der immateriellen Komponenten von ›Wohlstand‹ und ›Wohlergehen‹, die aus dem verfügbaren Reichtum eines Landes an wirtschaftlichem Kapital, natürlichem Kapital und sozialem Kapital erhalten werden«. (zit. in Raith 2016). Daneben gibt es aber noch viele andere Ansätze, unter denen der bekannteste wahrscheinlich das ›Bruttosozialglück‹ ist, das im Jahr 2010 als offizieller Maßstab für den gesellschaftlichen Reichtum im Königreich Bhutan eingeführt worden ist. Und sogar die OECD hat auf Anregung einer internationalen Kommission einen sogenannten *Better Life Index*³ eingeführt, der eine bessere Messung des Wohlstands ermöglichen soll.⁴

2 https://www.deutschlandfunk.de/bruttoinlandsprodukt-ein-mysterium.1310.de.html?dram:article_id=194402

3 <http://www.oecdbetterlifeindex.org/>

4 Ein knapper Überblick über die verschiedenen Ansätze findet sich bei Diefenbacher/Zieschank 2011, S. 39-68.

Die Form kapitalistischer Reichtumsproduktion

Das Grundproblem aller dieser Ansätze besteht jedoch darin, dass sie genau am falschen Ende ansetzen. Implizit oder explizit unterstellen sie, dass die Verengung des gesellschaftlichen Reichtums auf Geldeinkommen wesentlich auf einen falschen statistischen Maßstab zurückzuführen ist, an dem sich Politik und Gesellschaft orientieren. Die Gesellschaft ist demnach einerseits reicher, als sie es selbst weiß, weil sie allerlei Wohlstands-Faktoren im BIP nicht berücksichtigt, und andererseits ärmer, als sie es sich vorgaukelt, weil sie die diversen Schäden und Negativeffekte der modernen Produktionsweise ausblendet. Mit einem neuen Indikator, der alle diese Elemente adäquat berücksichtigt, soll dann die Orientierungsmarke für eine Politik geschaffen werden, die einer erweiterten Vorstellung von gesellschaftlichem Wohlstand folgt.⁵ Diese Kritik am BIP steht jedoch auf dem Kopf. Wenn seit dem Aufkommen der kapitalistischen Produktionsweise als gesellschaftlicher Reichtum nur gilt, was sich monetär ausdrücken lässt, dann liegt das nicht an einer falschen Vorstellung von Wohlstand, die sich in einem verengten statistischen Indikator ausdrückt und an der sich die Politik orientieren würde, sondern an der zugrundeliegenden historisch-spezifischen *Form* der Reichtumsproduktion. Das BIP ist als Maßstab dieser Form insofern durchaus adäquat, als es den reduktionistischen Charakter dieser Form der Reichtumsproduktion in gewisser Weise (wenn auch verzerrt) widerspiegelt. Diesen Maßstab zu kritisieren ist so, als würde man den Überbringer der schlechten Nachricht für deren Inhalt verantwortlich machen. Erforderlich ist kein neuer Maßstab für den gesellschaftlichen Reichtum, sondern eine Aufhebung der Reichtumsform, die diesen Maßstab hervorgebracht hat und die sich in ihm ausdrückt. Um diese These zu begründen, soll zunächst noch genauer untersucht werden, was das Wesen dieser Reichtumsform ausmacht.

5 Über den Zusammenhang zwischen diesem Indikator und politischen Entscheidungen gibt es natürlich sehr unterschiedliche Vorstellungen. Ökonomen wie der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz hängen der Illusion an, ein veränderter Maßstab für gesellschaftlichen Wohlstand könne sich direkt auf die herrschende Politik auswirken: »Bessere Messgrößen wären ... auch ein wichtiges Diagnoseinstrument, um Ländern bei der Ermittlung von Problemen zu helfen, bevor die Dinge außer Kontrolle geraten. Außerdem wären sie hilfreich bei der Wahl der für die Problemlösung geeigneten Methoden.« (Stiglitz 2019). Aber auch in der Degrowth-Debatte wird argumentiert, dass es für eine Transformation hin zu einer Postwachstumsgesellschaft neue Indikatoren brauche (vgl. etwa O'Neill 2016).

Wenn der Reichtum in der kapitalistischen Gesellschaft in Geldeinheiten gemessen wird, dann verweist das zunächst nur darauf, dass dieser hier immer in der Form von Waren produziert wird. Die Ware aber ist, wie Marx schon zu Beginn seines Hauptwerks *Das Kapital* feststellt, ein sehr merkwürdiges Ding (MEW 23, S. 87). Sie wird privat produziert, jedoch nicht für den privaten Gebrauch, sondern als gesellschaftliches Produkt, als Ding für einen anonymen gesellschaftlichen Zusammenhang; ihre *Gesellschaftlichkeit* wird also paradoxerweise in Form der *Privatheit* hergestellt. Dieser Widerspruch drückt sich darin aus, dass sie in zwei Seiten zerfällt: den Gebrauchswert und den Tauschwert. Der Gebrauchswert bezeichnet den konkreten Nutzen einer Ware, also etwa die Tatsache, dass ich mich auf einem Fahrrad fortbewegen oder dass ich eine Hose anziehen kann; der Tauschwert hingegen abstrahiert von diesem konkreten Nutzen und bringt alle Waren auf einen gemeinsamen Nenner, der sich im Geld ausdrückt. Den jeweiligen Produzenten (egal ob wir nun von einer Person, einem kleinen Unternehmen oder einem großen Konzern sprechen) interessiert der Gebrauchswert nicht oder jedenfalls nur insoweit, als eine Ware irgendeinen Nutzen für irgendjemanden haben muss, damit sie verkauft werden kann. Warum der Käufer oder die Käuferin letztlich die Ware haben will und welchen Nutzen er oder sie ihr zuschreibt, muss den Produzenten nicht interessieren. Es fällt ebenso wie die Produktion in den Bereich des Privaten; in diesem Fall sind es private Interessen und Bedürfnisse, die ganz im Belieben des Käufers oder der Käuferin liegen; ob sie mit dem Fahrrad jeden Tag herumfährt oder es dekorativ in ihrem Wohnzimmer aufhängt, ob er die Hose beim Gärtnern anzieht oder beim Gang ins Theater, das kann dem Produzenten der Ware gleichgültig sein. Was diesen einzig und allein interessiert, ist der Tauschwert, genauer gesagt, der im Tauschwert dargestellte *Wert* der Ware.⁶ Hat er den Kaufpreis erhalten, ist die Sache für ihn abgeschlossen. Mit dem Geld hält er nun den allgemeinen Repräsentanten gesellschaftlichen Reichtums in der Hand, denn mit dem Geld kann er alles kaufen.⁷

6 Auf den hier ange deuteten Unterschied zwischen Tauschwert und Wert komme ich weiter unten noch zurück. Er kann an dieser Stelle noch nicht erklärt werden, ohne den Gang der Argumentation zu unterbrechen.

7 Der Einzelne, so kommentierte Karl Marx diesen Zusammenhang, trage »seine gesellschaftliche Macht, wie seinen Zusammenhang mit der Gesellschaft in der Tasche mit sich.« (MEW 42, S. 90). Zur Bedeutung und Stellung des Geldes in der kapitalistischen Gesellschaft vgl. auch Lohoff 2018.

Dieser Allgemeinheitscharakter des Tauscherts bzw. des Werts beruht ganz offensichtlich gerade auf seiner Gleichgültigkeit gegenüber jedem besonderen Inhalt, also darauf, dass er von allen konkreten, qualitativen Eigenschaften der Waren abstrahiert und sie allesamt darauf reduziert, Ausdruck einer bestimmten abstrakten Quantität zu sein. Es handelt sich, mit anderen Worten, um eine ganz spezifische Form des Reichtums: um *abstrakten* Reichtum. Diese Reichtumsform aber bildet das Zentrum, um das die gesamte kapitalistische Produktionsweise kreist. Denn so wie der Wert der einzige Grund ist, weshalb die Produzenten auf privat-gesellschaftliche Weise Waren produzieren, ist er auch der Motor, der den gesamten Kreislauf der gesellschaftlichen Warenproduktion in Gang hält. Was die kapitalistische Produktionsweise antreibt, ist der endlose Zwang, den abstrakten Reichtum zu vermehren, oder, einfacher ausgedrückt, der Zwang, aus Geld mehr Geld zu machen. In diesem Sinne ist der abstrakte Reichtum eine selbstbezügliche Form des Reichtums, ein Reichtum, dessen Zweck in ihm selbst liegt (Postone 2003, S. 280-286) und der deshalb die gesamte Welt zum äußerlichen Material seiner Selbstzweckbewegung degradiert. Ich werde noch darauf zurückkommen, möchte aber zunächst noch einmal genauer auf den grundlegenden Widerspruch eingehen, der darin liegt, dass die *Gesellschaftlichkeit* auf *private Weise* hergestellt wird.

Dem landläufigen Denken erscheint dieser Widerspruch zumeist als vollkommen unproblematisch, er fällt ihm gar nicht erst auf. Denn es gehört zu den Grundüberzeugungen des bürgerlichen Alltagsverständes, dass der Mensch seinem Wesen nach ein vereinzelter Einzelner ist, der darauf gepolt ist, seine eigenen, privaten Interessen zu verfolgen und nur dann auch etwas für die Anderen tut, wenn er daraus einen persönlichen Vorteil zieht.⁸ Zu diesem Menschenbild gehört konsequenterweise auch die Vorstellung, dass >der Mensch< sich immer nur über den Tausch gesellschaftlich betätigt. Gesellschaft hat demnach dort begonnen, wo der Jäger anfang, über den eigenen Bedarf hinaus Wild zu jagen, um dieses dann beispielsweise gegen ein Paar Schuhe einzutauschen, und auch alle anderen

8 Diese Übertragung einer spezifisch warengesellschaftlichen Eigenschaft auf die >menschliche Natur< findet sich bereits bei Immanuel Kant, der diesen Zustand als den einer »ungeselligen Geselligkeit« charakterisierte. Hierunter versteht er den »Hang« der Menschen, »in Gesellschaft zu treten, der doch mit einem durchgängigen Widerstande, welcher diese Gesellschaft beständig zu trennen droht, verbunden ist« (Kant 1784, S. 20) Vgl. auch Trenkle 2019.

Mitglieder der Gesellschaft sich auf wenige Produkte spezialisierten, um diese auf den Markt zu tragen. Komplexe, arbeitsteilige Gesellschaften können dieser Sichtweise zufolge gar nicht anders organisiert sein als in Form allgemeiner Warenproduktion, wobei die Koordination der Aktivitäten >natürlicherweise< über den Marktmechanismus erfolgen müsse.⁹

Nun ist zwar das Menschenbild des *homo oeconomicus* in den letzten Jahrzehnten vielfach in die Kritik geraten¹⁰, doch diese Kritik greift in der Regel zu kurz. So wird zu Recht darauf verwiesen, dass der Mensch selbst unter kapitalistischen Bedingungen keinesfalls nur einem ökonomisch-rationalen Nutzenkalkül folgt, sondern sein Handeln von vielfältigen emotionalen, sinnlichen und sozialen Bedürfnissen und Motivationen bestimmt wird. Doch bei alledem wird oft übersehen, dass die Figur des *homo oeconomicus* sehr wohl einen Wahrheitskern besitzt, insofern sie nämlich auf ein grundlegendes Strukturelement der kapitalistischen Gesellschaft verweist. Natürlich ist es ein lächerliches, von der Geschichts- und Kulturwissenschaft vielfach widerlegtes, Märchen, dass die grundlegende Kulturleistung in der Erfindung des Tausches und des Geldes bestehe. Es ist längst bekannt, dass die Menschen in allen vorkapitalistischen Gemeinwesen primär gemeinschaftlich und natural-wirtschaftlich produzierten. Die materielle Produktion war stets in vielfältiger Weise in das Gemeinwesen eingebettet und wurde durch allerlei kulturelle und religiöse Regeln, durch Traditionen und persönliche Herrschaftsverhältnisse geregelt. Eine eigene, herausgelöste Sphäre der Ökonomie entsteht erst mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise (Polanyi 1995; Bierwirth 2013, S. 12-14). Das ist aber gleichbedeutend mit der Herauslösung der Menschen aus

9 Mustergültig führt Adam Smith diesen Gedanken vor: »In einem Jäger- oder Hirtenstamm macht z. B. irgend Einer Bogen und Pfeile schneller und geschickter als ein Anderer. Er vertauscht sie oft gegen zahmes Vieh oder Wildbret mit seinen Gefährten und findet schließlich, daß er auf diese Weise mehr Vieh und Wildbret gewinnen kann, als wenn er selbst auf die Jagd ginge. Aus Rücksicht auf sein eigenes Interesse macht er daher das Verfertigen von Bogen und Pfeilen zu seinem Hauptgeschäft, und wird eine Art Waffenschmied. Ein anderer zeichnet sich im Bau und in der Bedachung ihrer kleinen Hütten oder transportablen Häuser aus. Er pflegt auf diese Weise seinen Nachbarn nützlich zu sein, die ihn dafür ebenso mit Vieh und Wildbret belohnen, bis er es zuletzt in seinem Interesse findet, sich gänzlich dieser Beschäftigung zu widmen und eine Art Zimmermann zu werden. Auf dieselbe Art wird ein Dritter ein Schmied oder Kupferschmied, ein vierter ein Gerber oder Zubereiter von Häuten oder Fellen« (Smith 1905 [1784], S. 21).

10 Vgl. etwa Habermann 2008 oder Haller 2012 sowie die Diskussionen im Netzwerk Plurale Ökonomik: www.plurale-oekonomik.de/netzwerk-plurale-oekonomik/

den traditionellen Gemeinwesen, genauer gesagt: mit der Zerstörung dieser Gemeinwesen und der Freisetzung der Menschen als vereinzelt Einzelne, die fortan primär nur noch für ihr eigenes Wohlergehen und Vorankommen verantwortlich sind. Die Figur des *homo oeconomicus* wird ja nicht zufällig in dieser historischen Umbruchphase überhaupt erst erfunden;¹¹ sie reflektiert diesen Prozess der Vereinzelung auf ideologische Weise, indem sie ihn zur »Natur des Menschen« erklärt.

Marx hat diesen Prozess im *Kapital* vor allem im Hinblick auf die Herausbildung des »doppelt freien Lohnarbeiters« analysiert. Gemeint ist der Mensch, der einerseits freier Eigentümer seines Arbeitsvermögens ist (im Unterschied zum Sklaven oder Leibeigenen) und der andererseits dazu gezwungen ist, eben dieses Arbeitsvermögen an das Kapital zu verkaufen, weil er »frei« von Produktionsmitteln ist, also keine Möglichkeit hat, seine Existenzmittel – d.h. das, was er zum Leben braucht – selbst zu produzieren (MEW 23, S. 181 ff.). Das ist zweifellos richtig, aber die Herauslösung der Menschen aus den traditionellen Gemeinwesen hat noch weitergehende Implikationen. Die Aufspaltung der Gesellschaft in lauter vereinzelt Einzelne, die alle ihre partikularen Interessen gegeneinander verfolgen und auf diese paradoxe und widersprüchliche Weise erst ihren gesellschaftlichen Zusammenhang konstituieren, stellt die grundlegende Matrix der bürgerlichen Gesellschaft dar (Trenkle 2019; Bierwirth 2019). Oder, wie Marx es ausdrückt: »Die wechselseitige und allseitige Abhängigkeit der gegeneinander gleichgültigen Individuen bildet ihren gesellschaftlichen Zusammenhang« (MEW 42, S. 92). Darin ist aber nicht nur die Warenproduktion als Form der Reichtumsproduktion angelegt, sondern auch die Notwendigkeit des Staates als des ausgelagerten Gewaltapparats, der die auseinanderstrebende Dynamik der partikularen Interessen irgendwie im Zaum hält und verhindert, dass sie den gesellschaftlichen Zusammenhang sprengt. Mit anderen Worten: Die Aufspaltung des sozialen Zusammenhangs in vereinzelt Einzelne ist der logische und historische Ausgangspunkt, von dem aus sich die gesamte Struktur der kapitalistischen Gesellschaft und die ihr zugehörige, historisch-spezifische *Form* der Reichtumsproduktion erschließen lässt. Diese Form aber stellt eine ungeheure Verengung dessen dar, was als

11 Der Begriff selbst entsteht erst Ende des 19. Jahrhunderts, der Sache nach ist er jedoch schon bei den Vordenkern der Politischen Ökonomie enthalten. Vgl. zum Begriff des *homo oeconomicus* Habermann 2008, S. 13-16.

gesellschaftlicher Reichtum anerkannt wird; und das hat erhebliche Konsequenzen für die Gesellschaft und das gesellschaftliche Naturverhältnis.

Die Abspaltung der nicht-warenförmigen Tätigkeiten

Wenn oben gesagt wurde, dass die Einzelnen sich über Waren miteinander in Beziehung setzen, dann heißt das zunächst nichts anderes, als dass sie nicht *direkt* miteinander in Beziehung treten, sondern über den Umweg von Dingen. Diese Dinge aber sind ihre privaten Arbeitsprodukte. Betrachten wir dies nun von der Seite des individuellen Handelns her, dann zeigt sich, dass die vereinzelt Einzelnen ihre gesellschaftliche Beziehung darüber herstellen, dass sie *arbeiten*, genauer gesagt, dass sie *private* Arbeit in *gesellschaftlicher* Form verrichten. Sie vermitteln sich also untereinander über die Arbeit und stellen auf diese Weise ihren gesellschaftlichen Zusammenhang her (Postone 2003, S. 229 ff.). Diese Tatsache erscheint dem bürgerlichen Denken als völlig selbstverständlich, denn ihm zufolge hat der Mensch seine Zugehörigkeit zur Gesellschaft immer schon über die Arbeit hergestellt. Doch dabei handelt es sich lediglich um eine Rückprojektion der bürgerlichen Verhältnisse in die Vergangenheit. Tatsächlich zwingt erst die radikale Vereinzelung die Individuen dazu, ihre Gesellschaftlichkeit herzustellen, indem sie ihre privaten Arbeitsprodukte (Waren) miteinander in Beziehung setzen, sich also über die Arbeit vermitteln. In den früheren Gemeinwesen waren produktive Tätigkeiten in die vorausgesetzten Herrschaftsverhältnisse und kulturellen Bezüge *eingebettet*; sie waren Teil des sozio-kulturellen Gesamtzusammenhangs und wurden gemäß den darin vorherrschenden Hierarchien und Traditionen zugewiesen. In der bürgerlichen Gesellschaft müssen die Einzelnen hingegen ihre gesellschaftliche Zugehörigkeit tagtäglich neu herstellen, indem sie arbeiten¹², indem sie also Waren herstellen oder indem sie ihre Arbeitskraft verkaufen, also einen Teil ihrer selbst in ein Warending verwandeln. Nur soweit sie das tun, sind sie gesellschaftlich vollgültig anerkannt und haben Zugang zum gesellschaftlichen Reichtum.

Damit wird aber bereits auf einer ganz grundlegenden Ebene eine Aufspaltung und Hierarchisierung der gesellschaftlichen Handlungs- und

12 Im strengen begrifflichen Sinne können wir überhaupt erst in der bürgerlichen Gesellschaft von Arbeit sprechen, weil erst hier die unterschiedlichsten Tätigkeiten durch das In-Beziehung-Setzen über die Waren auf einen gemeinsamen abstrakten Nenner gebracht werden.

Tätigkeitsbezüge vollzogen. Alle Tätigkeiten, die *keine* Waren produzieren, sind gesellschaftlich bestenfalls zweitrangig, weil sie nicht die, für diese Gesellschaft spezifische, gesellschaftliche Vermittlung zwischen den vereinzelt Einzelnen herstellen. Das betrifft neben dem ganzen Spektrum der gemeinnützigen, ehrenamtlichen und sonstigen freiwilligen Tätigkeiten in erster Linie die Haushalts- und Sorgetätigkeiten, die abgespalten und strukturell den Frauen zugewiesen werden (Scholz 1992). Zwar sind diese Tätigkeiten zweifellos für die Aufrechterhaltung des Lebens und für das Funktionieren des sozialen Zusammenhangs unentbehrlich und somit auch notwendige Voraussetzung für die Produktion abstrakten Reichtums; doch gehen sie nicht *direkt* in diese ein, eben weil sie nicht die Warenform annehmen, sondern in der Sphäre der abgetrennten Privatheit verbleiben. Als solche aber stellen sie gewissermaßen eine kostenlose Zugabe dar, die als selbstverständlich vorausgesetzt und einverleibt wird.

Insbesondere betrifft das die in der marxistisch-feministischen Literatur vielfach thematisierte Reproduktion der Arbeitskraft¹³, die keineswegs nur durch den Lohn gewährleistet wird, wie es die traditionell-marxistische Theorie in der Regel unterstellt. Richtig ist zwar, dass mit dem Lohn der Wert der Ware Arbeitskraft insofern abgegolten wird, als er die Kosten der Konsumgüter abdeckt (oder jedenfalls abdecken sollte)¹⁴, die der oder die Arbeitende zur Existenzsicherung benötigt. Doch das bezieht sich nur auf die Waren, also auf die Dinge aus der Welt des abstrakten Reichtums. Stillschweigend vorausgesetzt wird dabei aber immer schon, dass zusätzlich im >Hintergrund< eine Vielzahl von Tätigkeiten verrichtet wird, die keinen Warencharakter annehmen, aber mindestens ebenso lebensnotwendig sind. Dabei geht es nicht nur um die praktischen Dinge im Haushalt wie Kochen und Putzen sowie um das ganze Spektrum der Sorgetätigkeiten, sondern auch um das Ausleben emotionaler und sinnlicher Bedürfnisse, die in der instrumentellen, funktionalistischen und konkurrenzgetriebenen Sphäre der Arbeit keinen Raum haben und deshalb gewissermaßen in die Sphäre

13 Nachdem diese Thematik lange aus der Diskussion verschwunden war, ist sie in den letzten Jahren vor allem mit Bezug auf die Schriften von Silvia Federici wieder aufgegriffen worden (vgl. etwa Federici 2012).

14 Es handelt sich hierbei um eine begriffliche Bestimmung, die sich auf den logischen Status der Ware Arbeitskraft bezieht. Empirisch kann der Lohn je nach Marktlage und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen sowohl über als auch deutlich unter dem Wert der Arbeitskraft liegen.

der Privatheit (meist Kleinfamilie oder Paarbeziehung) ausgelagert werden (Scholz 1992; Trenkle 2007; Habermann 2008).

Die kapitalistische Reichtumsproduktion beruht also immer schon konstitutiv auf der Externalisierung eines ganzen Spektrums lebensnotwendiger Tätigkeiten, die keine Warenform annehmen, aber gerade deshalb kostenlos angeeignet werden können. An dieser grundlegenden Form der Externalisierung haben auch die Kämpfe der Frauenbewegung nur wenig ändern können; denn zwar haben sich die Frauen gegen den oft erbitterten Widerstand der Männer den Zugang in die meisten Berufe und Arbeitsbereiche erkämpft und gleichzeitig die klassisch-bürgerlichen Geschlechtsidentitäten ins Wanken gebracht. Doch zum einen erweisen sich diese Identitäten als erstaunlich stabil, wie sich insbesondere unter Krisenbedingungen zeigt;¹⁵ so mussten beispielsweise während der Corona-Pandemie wieder die Frauen einen Großteil der Last tragen, nicht nur, weil sie in den Pflegeberufen stark vertreten sind, sondern auch weil sie immer noch größtenteils für die Haushalts- und Care-Tätigkeiten zuständig gemacht werden und obendrein noch der vermehrten häuslichen Gewalt durch Männer ausgesetzt waren.¹⁶ Zum anderen bedeutet aber auch eine Veränderung der häuslichen Arbeitsteilung und eine vermehrte Berufstätigkeit von Frauen keinesfalls, dass damit die grundlegende Aufspaltung des gesellschaftlichen Tätigkeitsraums aufgehoben wäre. Selbst wenn alle Männer einen gleichen

15 Der Grund für diese Stabilität liegt darin, dass die Geschlechtsidentitäten konstitutiv für die moderne Subjektform sind, die ihrerseits in der grundlegenden Matrix >ungesellschaftlicher Gesellschaftlichkeit< angelegt ist. Da die Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft ihre Gesellschaftlichkeit in der widersprüchlichen Form der Privatheit herstellen, haben sie ganz grundsätzlich ein äußerliches Verhältnis der Fremdheit untereinander. Sie behandeln sich wechselseitig als Objekte und konstituieren sich genau darüber als Subjekte. Dieser Subjektstatus wird aber zugleich abgesichert durch die Abgrenzung von einem imaginierten >Anderen<, dem der Subjektstatus verwehrt bleibt und in das all jene Momente hineinprojiziert werden, die nicht mit der Subjektform kompatibel sind, weil sie den (männlich eingeschriebenen) Identitätspanzer infrage stellen könnten. Dieses >Andere< nimmt nicht nur die Figur der >Frau<, sondern auch die des oder der Nicht-Weißen, Nicht-Heterosexuellen, Behinderten etc. in verschiedenen Ausprägungen an; zugleich wird es mit einer vorgestellten Form von >Natur< in Verbindung gebracht (Lohoff 2006; Trenkle 2019; Bierwirth 2019; Lewed 2005; von Braun 1988).

16 Zur patriarchalen Arbeitsteilung vgl. <https://www.uni-koblenz-landau.de/de/koblenz/fb2/ik/kulturwissenschaft/studentische-initiativen/gesellschaftspolitik/Poster%20Corona%20Seminar-pdfs/Poster%20Patriarchat>. Zur Zunahme häuslicher Gewalt vgl. <https://mosaik-blog.at/gefaengnis-haesusliche-gewalt/>

Teil der Haus- und Sorgearbeit übernehmen, änderte das nichts daran, dass diese Tätigkeiten kostenlos in die Produktion des abstrakten Reichtums eingehen. Denn die Aufspaltung des gesellschaftlichen Tätigkeitsraums ist ein Strukturprinzip der kapitalistischen Reichtumsproduktion, das nur zusammen mit dieser aufgehoben werden kann. Solange das nicht der Fall ist, nimmt die Externalisierung immer nur andere Gestalten an. So erfolgt beispielsweise die tendenzielle Auflösung des binären Geschlechtermodells in den kapitalistischen Kernländern häufig auf Kosten von weiblichen Arbeitskräften aus ärmeren Ländern, die gegen meist niedrige Bezahlung und unter schlechten Bedingungen die Haus- und Pflegearbeiten in den Haushalten der oberen Mittelschicht und Oberschicht übernehmen. Das können sie aber nur tun, weil gleichzeitig bei ihnen zu Hause sich andere, weibliche Familienangehörige um den Haushalt, die Kinder und hilfsbedürftige Angehörige kümmern. Die Ausbeutung der unbezahlten, nicht-warenförmigen Tätigkeiten im Dienste des abstrakten Reichtums wird also hier nur räumlich und personell verlagert.¹⁷ Christa Wichterich spricht in diesem Zusammenhang sehr treffend von einem Modell des globalen Sorge-Extraktivismus (Wichterich 2013 und 2016).

Natur ohne Wert

Wie schon ausgeführt, beruht die Externalisierungslogik auf der Herauslösung der kapitalistischen Reichtumsproduktion aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang. Wenn hier von Externalisierung die Rede ist, dann meint das also nicht, die Auslagerung von ›Kosten‹ an ein präexistentes ›Außen‹; vielmehr wird dieses Außen erst durch die konsequente Verengung der Kategorie gesellschaftlichen Reichtums überhaupt erst geschaffen. Es existiert daher nur aufgrund der historisch-spezifischen Enge und Borniertheit der abstrakten Reichtumsproduktion, die sich selbst absolut setzt und damit zugleich alle anderen Formen gesellschaftlichen Tätigseins degradiert, um sich diese dann aber zugleich blindlings einzuverleiben.

Aus dieser Borniertheit der abstrakten Reichtumsform erklärt sich auch ihr destruktives Verhältnis zu den natürlichen Lebensgrundlagen. Gesellschaftliche Produktion beruht immer auf natürlichen Voraussetzungen, die

¹⁷ Vgl. auch den Text von Julian Bierwirth *Vom leeren Land zum überflüssigen Menschen* in diesem Band.

sie vorfindet und die sie zugleich verändert. Das gilt selbstverständlich auch für die kapitalistische Form der Produktion. In jede Ware geht Naturstoff ein, sei es in der Gestalt von Rohstoffen, Energie und anderen Ressourcen oder einfach insofern, als jede Produktionsstätte auf einem Stück Boden steht und die Vorprodukte ebenso wie die Waren irgendwie über die Erdoberfläche transportiert werden müssen. Doch das betrifft nur die stofflich-konkrete Seite der Ware, also ihren Gebrauchswert; hingegen bleibt die abstrakt-gesellschaftliche Seite, also der im Tauschwert dargestellte Wert, vollkommen unberührt davon. Das mag zunächst verwundern, erklärt sich aber, wenn wir uns noch einmal genauer anschauen, was dieser merkwürdigen Abstraktion ›Wert‹ zugrunde liegt, was also ihren Inhalt ausmacht.

Oben wurde nur gesagt, dass der Tauschwert von allen stofflich-konkreten Eigenschaften der Waren absieht, sich also gleichgültig gegenüber den unterschiedlichen Gebrauchswerten verhält und in diesem Sinne eine Abstraktion darstellt. Aber das ist noch unterbestimmt. Was genau macht den gemeinsamen Inhalt all dieser qualitativ verschiedenen Waren aus, der es erlaubt, sie auf einen gemeinsamen Nenner zu reduzieren? Die Antwort ergibt sich, wenn wir uns daran erinnern, dass die Ware das Produkt isolierter Privatarbeit ist. Als solche ist sie nicht nur die »Elementarform des gesellschaftlichen Reichtums« in der kapitalistischen Gesellschaft (MEW 23, S. 49)¹⁸, sondern erfüllt, wie bereits ausgeführt, auch die Funktion der gesellschaftlichen Vermittlung. Die vereinzelt Einzelnen sind gezwungen, ihren gesellschaftlichen Zusammenhang darüber herzustellen, dass sie arbeiten, genauer gesagt, indem sie ihre Privatarbeiten, dargestellt in den Arbeitsprodukten, miteinander in Beziehung setzen. Der gemeinsame, allgemeine Inhalt aller Waren ist daher die historisch-spezifische Form gesellschaftlicher Beziehung, die sie repräsentieren, nämlich die Arbeit in ihrer Funktion als gesellschaftlicher Vermittlungstätigkeit. Nur weil es diesen gemeinsamen Inhalt gibt, lassen sich die Waren auf einen gemeinsamen, abstrakten Nenner bringen. Der Wert der Waren, der abstrakte Reichtum, ist also nichts anderes als die verdinglichte Darstellung der für den Kapitalismus grundlegenden gesellschaftlichen Beziehungsform; er ist die Darstellung von ›abstrakter Arbeit‹, von Arbeit, die jedem bestimmten

18 Vgl. zum Charakter der Ware als Produkt isolierter Privatarbeit auch Lohoff 2017, Punkt 7.

konkret-sinnlichen Inhalt gegenüber gleichgültig ist, weil sie auf ihre Funktion als gesellschaftliche Vermittlungstätigkeit reduziert wird.

Das alles klingt verrückt und das ist es im Grunde auch. Aber die Verrücktheit liegt in den gesellschaftlichen Verhältnissen selbst, denn in der kapitalistischen Gesellschaft stehen die Dinge auf dem Kopf. Die Menschen verfügen nicht bewusst *über* ihre gesellschaftlichen Beziehungen, sondern werden *von* diesen Beziehungen beherrscht. Im Wert verselbstständigt sich die Arbeit der isolierten Privatproduzenten diesen gegenüber und gewinnt eine ungeheure Eigendynamik, die der Gesellschaft ihren Rhythmus und ihre Logik aufzwingt. Der Zweck der Produktion ist ganz unmittelbar der Wert selbst. Produziert wird, um aus einer bestimmten Summe Wert noch mehr Wert zu machen, oder anders gesagt, um abstrakten Reichtum zu akkumulieren. Auf diese Weise setzt sich der abstrakte Reichtum absolut und wird zur alles beherrschenden Macht in der Gesellschaft. Das ist es, was Marx den Fetischismus der Warenproduktion nennt (MEW 23, S. 85 ff.).

Wir hatten oben schon gesehen, dass diese Reduktion des gesellschaftlichen Reichtums auf die Verausgabung von warenproduzierender Arbeit den strukturellen Grund für das Unsichtbarmachen und die Abwertung der Care-Tätigkeiten ausmacht, die strukturell den Frauen zugewiesen wurden und daher >weiblich< eingeschrieben sind.¹⁹ Sie gelten als >wertlos<, weil sie eben keinen >Wert< im Sinne des abstrakten Reichtums repräsentieren. Vor diesem Hintergrund erklärt sich aber auch, wieso natürliche Ressourcen keinen Wert und damit auch keinen abstrakten Reichtum darstellen, obwohl sie zugleich die unentbehrliche Voraussetzung und Grundlage jeder Warenproduktion sind. Als Naturerbe bilden sie zwar einen wichtigen Teil des stofflichen Reichtums, über den die Menschheit verfügt, fallen aber aus der Welt des abstrakten Reichtums heraus, denn sie werden zwar durch Arbeit umgeformt, sind aber selbst nicht das Produkt von Arbeit. Diese Feststellung ist historisch-spezifisch zu verstehen. Sie trifft ausschließlich auf die kapitalistische Gesellschaft zu. Denn diese ist, wie erläutert, die *ein-*

19 Darauf beruht aber auch der allgegenwärtige Kult der Arbeit. Denn, dass als Reichtum nur gilt, was einen >Wert< hat, was also das Produkt von warenproduzierender Arbeit ist, wird in der bürgerlichen Gesellschaft als >natürlich< hingegenommen. Es ist nicht etwa Gegenstand von Kritik an einer verrückten Form der gesellschaftlichen Vermittlung und der Reichtumsproduktion, sondern wird in Arbeitsstolz verwandelt, der immer schon mit der Verachtung der angeblich >Faulen< einhergeht (Gruppe Krisis 1999; Trenkle 2007).

zige Gesellschaft, in der die Reichtumsproduktion in eine stoffliche und eine abstrakte Seite auseinanderfällt und in der als gesellschaftlicher Reichtum nur gültig ist, was als abstrakte Arbeit sich im Wert darstellt.

Es geht mir also nicht darum zu behaupten, dass natürliche Ressourcen prinzipiell und immer aus der Bestimmung des gesellschaftlichen Reichtums herausfallen; vielmehr will ich zeigen, dass dies *nur* unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise der Fall ist. Und dieses Herausfallen ist keine Frage falscher gesellschaftlicher oder politischer Entscheidungen oder verkehrter statistischer Indikatoren und erst recht keine Frage der persönlichen Einstellung, sondern ist grundsätzlich in der historisch-spezifischen *Form* der Reichtumsproduktion angelegt. Das ist der tiefere Grund, weshalb die natürlichen Ressourcen unter den Bedingungen der kapitalistischen Reichtumsproduktion so rücksichtslos ausgebeutet und verschlissen werden. Da sie nicht der Welt des Werts angehören, sondern als deren >Außen< gelten, erscheinen sie als kostenlose Zugabe der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion, die solange genutzt wird, wie sie eben zur Verfügung steht. Dass damit auf längere Sicht nicht nur die Voraussetzungen der Warenproduktion untergraben werden, sondern auch die menschlichen Lebensgrundlagen als solche, ist im Universum der abstrakten Reichtumsproduktion nicht abbildbar und findet daher auch keine Berücksichtigung.

Dem scheint nun die Tatsache zu widersprechen, dass natürliche Ressourcen in vielen Fällen ja sehr wohl Warencharakter annehmen und dass vor allem Grund und Boden in der Regel keinesfalls umsonst zu haben sind. Spricht das nicht dafür, dass sie doch einen Wert darstellen? Zunächst einmal ist ganz grundsätzlich festzuhalten, dass nicht alles, was in der kapitalistischen Gesellschaft zur Ware wird, auch das Produkt abstrakter Arbeit ist. Denn auch wenn der abstrakte Reichtum seinem Wesen nach die Darstellung isolierter Privatarbeit in verdinglichter Form ist, strahlt er doch, in dem Maße, wie er dominant wird, auf fast alle anderen Bereiche der Gesellschaft aus und prägt sie nach seinem Bilde. Deshalb kann in der kapitalistischen Gesellschaft so ziemlich alles Warenform annehmen, sogar Gefühle – oder besser: Gefühls-Simulationen – können gekauft werden. Das betrifft auch die natürlichen Ressourcen, wobei hier allerdings ein spezifischer Mechanismus zum Tragen kommt, der von Anbeginn an aufs Engste mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise verknüpft ist.

Dass Grund und Boden sowie Naturstoffe aller Art die Warenform annehmen und einen Preis erhalten, liegt daran, dass im Zuge der kapitalistischen Entwicklung der größte Teil der Erdoberfläche in Privateigentum verwandelt wurde (und immer noch wird). Das bedeutet, dass die Eigentümer*innen über das exklusive Nutzungsrecht für eine bestimmte Landfläche und die darin möglicherweise enthaltenen Rohstoffe oder Naturressourcen verfügen, während alle anderen grundsätzlich davon ausgeschlossen sind. Dieses Nutzungsrecht kann nun aber zeitweilig oder dauerhaft verkauft werden, entweder zusammen mit dem Land (durch Eigentumsübertragung) oder getrennt davon, etwa in der Gestalt von Lizenzen und Schürfrechten. Auf diese Weise gelangen Land und natürliche Ressourcen in die Warenform und werden in die Welt des abstrakten Reichtums eingemeindet, obwohl sie nicht das Produkt von abstrakter Arbeit sind und daher eigentlich auch keinen Wert darstellen; diese Eingemeindung zeitigt jedoch schwerwiegende Konsequenzen.

Der unersättliche Hunger nach Land und Ressourcen

Die unersättliche Jagd nach Roh- und Naturstoffen und nach der privaten Aneignung von Land ist von Anbeginn an ein wesentliches Antriebsmoment für die kapitalistische Expansionsdynamik, die kolonialistischen Eroberungen und die massenhafte Vertreibung und Ermordung der dort lebenden Menschen. Denn wer über das Eigentum an Rohstoffen und Land verfügt, besitzt eine Quelle, die ein permanentes Einkommen abwirft, ohne dass dafür irgendetwas getan werden müsste. Dieses Einkommen ist nichts anderes als eine Rente, die die Grundeigentümer*innen verlangen können, weil sie über ein Eigentum verfügen, das nicht beliebig reproduzierbar ist, gerade weil es *nicht* das Produkt von Privatarbeit ist.²⁰ Natürlich müssen Rohstoffe auch geschürft, extrahiert und aufbereitet, und landwirtschaftliche Flächen müssen bebaut werden. Dabei wird selbstverständlich Arbeit geleistet – bis heute in weiten Teilen der Welt durch Menschen, die miserabel bezahlt und in extremem Maß ausgebeutet werden. Doch diese Arbeit setzt immer schon den Boden oder den Naturstoff voraus, der irgendwann einmal in den Status des Privateigentums versetzt worden ist

²⁰ Eine vertiefende Auseinandersetzung mit dem Problem der Grundrente findet sich bei Karl Marx (MEW 25, S. 627 ff.) sowie mit aktuellem Bezug bei Ernst Lohoff (2020, S. 10-23).

und der zusätzlich zur Ausbeutung der Arbeitskraft den Eigentümer*innen ein regelmäßiges Einkommen beschert.

Aus diesem Renteneinkommen resultiert das Interesse der Grundeigentümer*innen an einer möglichst umfassenden Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, auf die sie das Anrecht ergattert haben. Wenn das erfordert, die umgebenden Ökosysteme zu zerstören, etwa durch totales Umgraben oder die Einleitung giftiger Substanzen in Boden und Grundwasser, um die letzten Reste an Gold, Öl, Lithium oder sonstigen Rohstoffen herauszupressen, wird das im Zweifelsfall getan. Denn auch wenn ein Stück Land irgendwann einmal durch Raub oder andere Gewalt angeeignet wurde, stellt es für die Grundeigentümer*innen genauso Kapital dar wie eine Fabrik für die Unternehmer*innen. Und Kapital muss vermehrt werden. Deshalb bedienen sie freudig die Nachfrage der abstrakten Reichtumsproduktion nach immer mehr natürlichen Ressourcen, eine Nachfrage, die nie versiegt, weil der vielzitierte Wachstumszwang der Selbstzweckbewegung des Werts inhärent ist.²¹

Dieser unersättliche Hunger nach natürlichen Ressourcen und Land erfuhr auch dadurch keine Abschwächung, dass in den letzten vier Jahrzehnten im Zuge der Dritten industriellen Revolution massenhaft Arbeitskraft aus der industriellen Produktion verdrängt wurde und sich in der Folge der Schwerpunkt der kapitalistischen Akkumulationsdynamik an die Finanzmärkte verschoben hat (Lohoff/Trenkle 2012; Lohoff 2014; Trenkle 2020). Ganz im Gegenteil ist durch diesen Prozess die ökologische Zerstörung sogar noch ein weiteres Mal beschleunigt worden. Dafür sind im Wesentlichen zwei Gründe verantwortlich.

Erstens führen Produktivitätssteigerungen unter kapitalistischen Bedingungen immer zu einer absoluten Erhöhung des Produktionsvolumens und damit zu einem beschleunigten Materialverbrauch. Das mag zunächst erstaunen, weil höhere Produktivität ja erst einmal nur bedeutet, dass die benötigte Arbeitszeit und oftmals (wenn auch nicht zwangsläufig) sogar der Material- und Energieverbrauch für die Herstellung eines bestimmten Produkts gesenkt werden kann. Es wäre also möglich, die gleiche Anzahl von Dingen wie zuvor zu produzieren und dabei zugleich Ressourcen zu sparen sowie die allgemeine gesellschaftliche Arbeitszeit zu reduzieren. Aber das würde voraussetzen, dass die Produktion sich an stofflichen Kriterien ori-

21 Vgl. dazu genauer den Text *Wie Sand am Meer* von Ernst Lohoff in diesem Buch.

enterte und ihr Zweck ein gutes Leben für alle wäre. Da aber der Zweck der abstrakten Reichtumsproduktion die Vermehrung des Werts ist, stellt sich die Sache ganz anders dar. Die Einsparung von Arbeitszeit führt nämlich dazu, dass der Wert der einzelnen Waren sinkt; denn die quantitative Dimension des Werts ist nichts anderes als die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, um eine bestimmte Ware zu produzieren. Entscheidend dafür ist natürlich nicht, wie lange die einzelnen Unternehmen brauchen, um beispielsweise einen Kühlschrank zu montieren. Vielmehr setzt sich unter den jeweils gültigen Produktivitätsbedingungen eine gesellschaftlich allgemeine Zeitnorm durch, die den Wert einer bestimmten Ware definiert und an der sich alle Unternehmen messen lassen müssen (Postone 2003, S. 293 ff.). Wer länger braucht, bekommt diese Zeit am Markt nicht vergütet, wer hingegen schneller ist als die Konkurrenz, kann einen höheren Anteil der gesellschaftlichen Wertmasse für sich verbuchen.²²

Auf diese Weise wird ein allgemeiner Wettlauf befeuert, der alle Unternehmen dazu zwingt, ihre Produktivität ständig zu erhöhen, um sich der allgemeinen Norm anzupassen oder diese möglichst zu überbieten. Ökonomisch betrachtet, liegt hier der Grund für die innere, strukturelle Krisendynamik des Kapitalismus; denn die systematische und fortschreitende *Reduktion* des Warenwerts steht in einem eklatanten Widerspruch zum Selbstzweck der abstrakten Reichtumsproduktion, der permanenten *Vermehrung* der gesellschaftlich produzierten Wertmasse. Unter ökologischen Gesichtspunkten ist dieser innere, kapitalistische Widerspruch insofern fatal, als die Unternehmen in der einzigen Art und Weise auf ihn reagieren, die unter dem Diktat des abstrakten Reichtums sinnvoll erscheint: Sie steigern den Produktausstoß, um die Verringerung des Werts pro einzelner Ware durch eine Erhöhung der Gesamtzahl an Waren zu kompensieren. Um die gleiche Menge an abstraktem Reichtum zu produzieren, wird daher ein Mehrfaches an natürlichen Ressourcen und Materialien aller Art verschlissen als zuvor.²³

22 Auch und gerade auch in dieser Hinsicht zeigt sich, dass der Wert eine herrschaftsförmige Kategorie darstellt, genauer gesagt, eine Kategorie abstrakt-gesellschaftlicher Herrschaft (Postone 2003), die zwar das Ergebnis menschlichen Handelns ist, sich aber diesem gegenüber verselbstständigt und den Handelnden seine Normen aufzwingt.

23 Der dem Kapitalismus inhärente Zwang zur permanenten Produktivitätssteigerung führt so zu einer Potenzierung des Wachstumswangs, der in der Selbstzweckbewe-

Dieser verrückte Effekt ist im Zuge der Dritten industriellen Revolution besonders stark ausgefallen, weil diese einen qualitativen Sprung in der Produktivitätsentwicklung bedeutet (Lohoff/Trenkle 2012, S. 84-105) und deshalb auch der Produktausstoß in gewaltigem Maße gesteigert wurde, um so wenigstens einen Teil der Wertminderung pro Stück auszugleichen. Der daraus resultierende Material- und Energieverbrauch wird zusätzlich noch dadurch erhöht, dass die Produktion zunehmend in globalem Maßstab organisiert wird und deshalb der Transportaufwand überproportional gewachsen ist.

Zweitens hat aber auch die massive Finanzialisierung des Kapitals den massiven Verschleiß von Ressourcen und die Aneignung von Landflächen keinesfalls abgemildert, sondern umgekehrt sogar noch verschärft. Dabei ist es nicht unwichtig zu erwähnen, dass auch die Finanzialisierung insofern eine Folge der Dritten industriellen Revolution ist, als mit der massenhaften Verdrängung von Arbeitskraft aus den Kernsektoren der Weltmarktproduktion die Grundlage für die Verwertung des Werts und damit für die Akkumulation von abstraktem Reichtum infrage gestellt wurde. Als Reaktion darauf ist das Kapital auf die Finanzmärkte ausgewichen, wo es sich nun schon seit vier Jahrzehnten durch Vorgriff auf *zukünftigen* Wert (fiktives Kapital) vermehrt.²⁴ Es könnte nun so scheinen, als sei diese Form der Akkumulation unter ökologischen Aspekten unschädlich, da ja die gehandelten Finanztitel keinerlei stofflichen Inhalt haben und also für ihre >Produktion< kein Material benötigt wird. Doch der Schein täuscht – wie immer bei den kapitalistischen Kategorien. Denn die Finanztitel stellen Versprechen auf zukünftige Gewinne dar und benötigen daher immer real-ökonomische Bezugspunkte im Hier und Heute, die jene Versprechen glaubhaft erscheinen lassen, auch wenn sie sich im Nachhinein oft genug als illusionär erweisen.

Dabei spielt Grund und Boden in Gestalt der Immobilienspekulation ebenso eine zentrale Rolle (Lohoff 2020) wie die Ausbeutung von Rohstoffvorkommen und der Zugriff auf landwirtschaftlich nutzbare Flächen. Das hat nicht nur die Immobilienpreise und Mieten vor allem in den Bal-

gung des Werts angelegt ist (vgl. dazu genauer den Beitrag *Wie Sand am Meer* in diesem Buch).

24 Auf die ökonomischen und sozialen Konsequenzen dieser Entwicklung und auf ihre inneren Grenzen sind wir ausführlich an anderer Stelle eingegangen (Lohoff/ Trenkle 2012; Lohoff 2014; Trenkle 2016).

lungsräumen in horrende Höhen getrieben und damit für Millionen von Menschen das Wohnen extrem verteuert, wenn nicht verunmöglicht; es ist auch ein permanenter Anreiz für Landgrabbing im großen Stil, vor allem im Globalen Süden, was mit der systematischen Vertreibung der Menschen einhergeht, die auf diesem Land bisher lebten oder von ihm lebten. Und schließlich ist die Akkumulation des fiktiven Kapitals auch ein starker Motor für die zunehmende Erschließung von bisher schwer zugänglichen Zonen und Regionen (Polarregionen, Ozeane, Amazonasgebiet etc.), was zur Zerstörung der letzten ökologischen Senken führt und das globale Ökosystem zusätzlich destabilisiert.²⁵

Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen nimmt also immer größere Ausmaße an, je länger die Produktion des abstrakten Reichtums die Gesellschaft beherrscht. Darin zeigt sich, dass diese Herrschaft ihrem Wesen nach eine historisch-dynamische ist; sie folgt dem inneren Zwang, sich die gesamte Welt einzuverleiben und zum Material ihrer endlosen Selbstzweckbewegung zu machen und zwar auch dann noch, wenn die Grenzen dieser destruktiven Expansion längst in greifbare Nähe gerückt sind. Neben der Ausbreitung im Raum betrifft das auch die zeitliche Dimension. Denn zum einen bedeutet der rücksichtslose Verschleiß der in Jahrtausenden entstandenen und gelagerten natürlichen Ressourcen nichts anderes, als dass die Produktion des abstrakten Reichtums auf Kosten der erdgeschichtlichen Vergangenheit stattfindet, die sie in aller kürzester Zeit in einer Art Fressattacke verschlingt. Zum anderen kommt aber auch ein ganz erheblicher Teil der Schäden, den die kapitalistische Produktions- und Lebensweise anrichtet, erst nach einer kürzeren oder längeren Inkubationszeit wirklich zum Tragen, wird also gewissermaßen in die Zukunft verschoben. Das betrifft insbesondere die massenhaften Emissionen in Luft, Erde und Wasser, die sich (wie im Fall der drohenden Klimakatastrophe) erst mittel- und langfristig auswirken, dafür aber teilweise noch über Jahrhunderte hinweg das menschliche Leben auf der Erde belasten werden und sogar (wie im Fall von Mikro- und Nanoplastik) die Genstruktur von Mensch und Tier verändern können.

25 Die Flächen nördlich des Polarkreises, vor allem in Sibirien oder Alaska, sind überhaupt erst durch die kapitalistische erzeugte Erderwärmung für eine Rohstoffausbeutung zugänglich gemacht worden, welche ihrerseits die ökologische Katastrophe weiter vorantreibt. Dies ist ein besonders groteskes Beispiel für die sich selbst beschleunigende Zerstörungsdynamik der abstrakten Reichtumsproduktion.

In diesem Sinne können wir davon sprechen, dass die rasende Gegenwart der abstrakten Reichtumsproduktion, die immer nur um den einen immergleichen Zweck kreist, sowohl die Vergangenheit als auch die Zukunft des menschlichen Naturerbes buchstäblich auffrisst, weil diese in der historisch-spezifischen Zeitform des Kapitalismus, der abstrakten Zeit, nicht abbildbar sind.²⁶ Das ›Außen‹ der abstrakten Reichtumsproduktion hat also nicht nur eine soziale, eine stoffliche und eine räumliche, sondern auch eine zeitliche Dimension.

Die unmögliche Internalisierung des kapitalistischen Naturverhältnisses

Nun sind die ökologischen Auswirkungen der Externalisierung natürlich nicht unerkannt geblieben und werden schon lange gesellschaftlich diskutiert, wenn auch in aller Regel, ohne deren basale Ursachen zu thematisieren. Sogar in den Wirtschaftswissenschaften hat sich mit der Umweltökonomie ein eigener Zweig herausgebildet (vgl. etwa Wicke 1993), der sich dieser Problematik widmet und den Anspruch erhebt, Lösungen zu entwickeln, die mit der marktwirtschaftlichen Logik kompatibel sind. Die Grundidee ist dabei stets, dass die vereinzelt Einzelnen in ihrem Produktions- und Konsumverhalten ›externe Effekte‹ erzeugen, deren Kosten sie selbst nicht tragen, sondern auf die Allgemeinheit abwälzen. Für sich genommen, ist diese Einsicht ja durchaus richtig. Da aber die Zersplitterung der Gesellschaft in atomisierte Individuen, die sich über Arbeit und Warenproduktion miteinander vermitteln, als selbstverständlich vorausgesetzt wird, ist bereits eine extreme Einschränkung der Perspektive vorgezeichnet. Überdeutlich wird das an der Definition zum Stichwort »Externer Effekt« im Standardwerk *Gablers Wirtschaftslexikon*: »Wesentliches Merkmal externer Effekte ist, dass diese keine Auswirkungen für den Verursacher haben, weil zwischen ihm und den Betroffenen keine über den Preis- bzw. Marktmechanismus vermittelte Beziehung und auch keine anders geartete Vertragsbeziehung besteht. Steigt (sinkt) der Nutzen bzw. die Produktion des Betroffenen mit dem Niveau des externen Effekts, so handelt es sich um einen positi-

²⁶ Vgl. zu den Zeitdimensionen im Kapitalismus und ihrem inneren Widerspruch Postone 2003, S. 444f.

ven (negativen) externen Effekt im Konsum bzw. in der Produktion.«²⁷ Die Fragestellung reduziert sich also auf die Marktbeziehungen zwischen >Wirtschaftssubjekten< und verengt sich darauf, wie die Einzelnen in ihrem Verhalten so beeinflusst werden können, dass >externe Effekte< vermieden werden können. Die vermeintliche Lösung, die sich dann förmlich aufdrängt, soll darin bestehen, möglichst alle Kosten von Produktion und Konsum den Einzelnen individuell zuzurechnen, also monetär zu bewerten und auf diese Weise zu >internalisieren<.

Diese Vorstellung ist schon deshalb höchst problematisch, weil sie unterstellt, die gesamte Wirklichkeit und alle menschlichen Lebensäußerungen ließen sich auf einen ökonomischen Wert reduzieren und mit einem Preis versehen, der dann in die privatwirtschaftlichen Kalküle eingeht. Selbst wenn das möglich wäre, hätten wir es dann mit einer Horrorwelt zu tun, mit einer Art utilitaristischer Dystopie, in der vermutlich nicht einmal mehr die Wirtschaftsfachleute würden leben wollen, die sich solchen Unsinn ausdenken. Tatsächlich sind diese aber immerhin noch nicht ganz realitätsblind und müssen anerkennen, dass sich >Umweltgüter< nicht in der von ihnen gewünschten Weise ökonomisch bewerten lassen, von anderen Aspekten wie der >Bewertung< eines guten Lebens oder auch nur einer schönen Landschaft oder von lebenswerten Städten ganz zu schweigen.²⁸ Dennoch orientiert sich die Umweltökonomie an diesem Leitbild, was insofern konsequent ist, weil in einer durch und durch warenförmigen Welt nun einmal nur die Dinge, Bedürfnisse und Lebensäußerungen anerkannt werden, die einen monetären Ausdruck erhalten.²⁹ Auch wenn sich also der grausige Anspruch der totalen Ökonomisierung des Lebens zum Glück nicht ein-

27 <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/externer-effekt-34801/version-372602>

28 »Für eine rationale Politikgestaltung ist die Kenntnis der positiven und negativen externen Effekte in Geldgrößen eine wichtige Voraussetzung. Die monetäre Bewertung externer Effekte erlaubt beispielsweise den Vergleich und die Addition unterschiedlichster Umwelteffekte sowie die Verrechnung von ökonomischen und ökologischen Nutzen bzw. Kosten. Allerdings bereitet die monetäre Bewertung nicht-marktlicher Güter (hier: Umweltgüter) erhebliche Schwierigkeiten« (Henze u.a. 1996, S. 473).

29 »In der Umweltpolitik ist eine vollständige Internalisierung externer Effekte wegen der Probleme einer ökonomischen Bewertung der Umweltschäden sowie der Verursacher nicht möglich. Das Verursacherprinzip kann jedoch als Leitbild der Umweltpolitik (umweltpolitische Leitbilder) dienen, welches durch das Gemeinlastprinzip und durch das Vorsorgeprinzip ergänzt wird« (Gablers Wirtschaftslexikon, Stichwort *Internalisierung externer Effekte*).) <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/internalisierung-externer-effekte-39210/version-262624>

lösen lässt, wird doch versucht, einen gewissen Teil der ›externen Effekte‹ zu bepreisen, damit diese zumindest ansatzweise in die Produktions- und Konsumkalküle der ›Wirtschaftssubjekte‹ eingehen.

Nun wissen jedoch selbst die meisten Vordenker*innen der Marktwirtschaft, dass ›externe Effekte‹ nicht freiwillig internalisiert werden; denn das widerspricht den Gewinninteressen der betriebswirtschaftlichen Einheiten genauso wie den Interessen der Konsummonaden an niedrigen Warenpreisen. Daher bedarf es einer starken Instanz, die die Internalisierung durchsetzt oder zumindest die Externalisierung von Kosten begrenzt. Diese Instanz kann aber nur der Staat sein. Weiter oben habe ich bereits kurz erwähnt, dass zur kapitalistischen Produktions- und Lebensweise notwendig auch der Staat gehört. Denn eine Gesellschaft, die auf dem Widerspruch beruht, dass die Menschen sich vergesellschaften, indem sie ihre privaten Interessen gegeneinander verfolgen, müsste zwangsläufig auseinanderfliegen, gäbe es nicht eine abgesonderte, mit äußerster Machtfülle ausgestattete Instanz, die das gesellschaftliche Ganze notfalls auch gewaltsam zusammenhält und den Rahmen für die allgemeine Warenproduktion aufrechterhält und absichert. In diesem Sinne repräsentiert der Staat den Standpunkt des Allgemeinen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, zu dessen Aufgaben auch gehört, wenigstens die schlimmsten Schädigungen der natürlichen Umwelt zu verhindern, die sich direkt auf die Lebensverhältnisse und Produktionsbedingungen auf seinem Territorium auswirken können.

Prinzipiell kann das auf zweierlei Weise geschehen. Erstens indem der Staat die Unternehmen dazu zwingt, die entsprechenden Emissionen und Schäden gar nicht erst zu verursachen oder durch die Vorgabe von entsprechenden Grenzwerten zu reduzieren (klassisches Beispiel ist der Zwang zum Einbau von Filteranlagen für Abwasser und Abluft). Und zweitens durch die Besteuerung bestimmter Ressourcen, Materialien oder Energieträger (z.B. Energiesteuer), die der Intention nach bewirken soll, dass diese effizienter genutzt oder ganz eingespart werden. Eine neuere Methode sind handelbare Emissionszertifikate, die aber im Grunde nur eine Variante der klassischen Besteuerungspraxis darstellen, da sie ja letztlich auch nach staatlichen Vorgaben (oder Vorgaben von Staatenbünden wie der EU) ausgegeben, reguliert und kontrolliert werden müssen. Der größte Unterschied besteht vielleicht darin, dass diese Zertifikate hervorragend für die Spekulation am Finanzmarkt und für allerlei Betrugsmanöver geeignet sind

und deshalb geradezu perfekt in die Epoche des fiktiven Kapitals (Lohoff/Trenkle 2012, S. 209 ff.) passen.³⁰

Diese Maßnahmen haben jedoch schon deshalb nur begrenzten Erfolg, weil die Unternehmen in der Verfolgung ihrer Partikularinteressen sehr erfinderisch darin sind, die entsprechenden Steuern und gesetzlichen Vorgaben zu umgehen und auf jede erdenkliche Art zu hintertreiben. Neben den üblichen plumpen, aber immer noch sehr erfolgreichen Methoden von Bestechung, Betrug und der Manipulation von Messmethoden (wie im spektakulären Dieselabgasbetrug durch den Volkswagenkonzern) verwenden sie dabei allerlei Ausweichstrategien. Das betrifft zum einen die Art der Emissionen. Werden bestimmte Emissionen verboten oder mit hohen Kosten belegt, weicht man eben auf andere Substanzen aus, deren Wirkung nicht ganz so offensichtlich ist oder die sich schwer nachweisen lassen. Im Wettlauf mit dem Staat haben die Unternehmen dabei immer einen uneinholbaren Vorsprung. Denn erstens kann es sehr lange dauern, bis bestimmte Emissionen auf politischem Wege verboten oder begrenzt werden, sodass die Unternehmen, wenn sie das Verbot durch Lobbyarbeit nicht verhindern oder aufweichen können, genügend Zeit haben, um andere, oft nicht weniger schädliche Produktionsmethoden zu entwickeln. Und zweitens müssen Schädigungen von Umwelt und Gesundheit gemäß dem >Verursacherprinzip< immer kausal einem bestimmten Akteur zugerechnet werden, was jedoch angesichts der Komplexität moderner Produktionsprozesse und der Wechselwirkung chemischer Substanzen in vielen Fällen unmöglich ist.³¹

So kommt es, dass selbst in einem der wirtschaftlich erfolgreichsten kapitalistischen Kernländer wie Deutschland in den letzten Jahrzehnten zwar bestimmte, unmittelbar sicht- und spürbare Emissionen (rußende Schornsteine, Einleitung von ungeklärten Abwässern in Flüsse etc.) deutlich reduziert wurden, gleichzeitig aber der Eintrag von anderen Schadstoffen, Chemikalien und Kunststoffpartikeln, die wegen ihrer Langzeitschäden oft noch gefährlicher sind, zugenommen hat.³² Damit einher ging, wie

30 Zum massiven Betrug mit EU-Emissionszertifikaten siehe etwa <http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/19425-emissionshandel-betrug-zulasten-des-klimas>

31 Vgl. dazu auch den Text von Karl-Heinz Simon *Die Sache mit dem Klima – Klimaschutz hinterfragt* in diesem Band.

32 So ist zwar in Deutschland die Wasserqualität vieler Flüsse inzwischen wieder so gut, dass man sogar darin baden kann, doch wurde und wird dafür das Grundwasser mit Nitraten und allen möglichen Chemikalien systematisch vergiftet. Vgl. <https://www.>

allgemein bekannt, die massive Verlagerung ›schmutziger Produktionen‹ in andere, ärmere und politisch schwächere Länder (eine Form der räumlichen Externalisierung, auf die ich noch zurückkommen werde), sodass die schädlichen Emissionen nun anderswo anfallen, während sich Länder wie Deutschland als umweltpolitische Vorbilder präsentieren können (Lesse-nich 2018, S. 96-100).

Diese hier nur kurz skizzierten Methoden zur Umgehung umweltpolitischer Vorgaben und Maßnahmen sind weitgehend bekannt und vielfach dokumentiert. Darüber hinaus gibt es aber noch einen viel wichtigeren Grund, weshalb der Staat prinzipiell nicht in der Lage ist, die Externalisierungslogik zu konterkarieren und die Partikularsubjekte dazu zu zwingen, die verursachten Schäden zu internalisieren. Wenn oben gesagt wurde, dass der Staat integraler und notwendiger Bestandteil der kapitalistischen Ordnung ist, dann heißt das auch, dass er nicht außerhalb des Systems der abstrakten Reichtumsproduktion steht, sondern in seinem Handeln immer auf dieses bezogen bleibt. Er steht zwar in seinem Hoheitsgebiet grundsätzlich über den konkurrierenden Privatinteressen, doch besteht seine Aufgabe nicht darin, diese auszuschalten, sondern sie so zu regulieren, dass sie möglichst viel zur abstrakten Reichtumsproduktion beitragen, ohne den allgemeinen, territorial abgegrenzten Rahmen zu beeinträchtigen. Dazu gehört auch, die ›externen Effekte‹ auf die Umwelt zu begrenzen, soweit diese allzu schädlich ausfallen und beispielsweise bestimmte Regionen für die Ansiedlung von Unternehmen und die benötigten Fachkräfte oder auch für den Tourismus unattraktiv werden lassen. In diesem Sinne ist das staatliche Handeln also durch die Paradoxie gekennzeichnet, ökologische Schädigungen im Detail nur deshalb zu verhindern oder abzumildern, damit die kapitalistische Maschinerie mit dem ihr inhärenten Wachstumszwang in Gang bleibt und deshalb die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen auf der Ebene des Gesamtsystems weitergehen kann.

Weiter oben habe ich schon angemerkt, dass der Begriff der ›externen Effekte‹ insofern verkürzt ist, als er die Warenproduktion als selbstverständlich voraussetzt und sich nur auf die Beziehungen zwischen Marktteilnehmer*innen beschränkt. Das ist aber nicht nur einer verengten ideologischen Perspektive geschuldet, sondern verweist auf einen realen

Zusammenhang. Soweit der Staat etwas gegen ›externe Effekte‹ unternimmt, bezieht sich das immer nur auf die Binnenbeziehungen *innerhalb* des Systems der abstrakten Reichtumsproduktion, niemals aber auch auf das System als solches. So wird dann beispielsweise ein Betonwerk dazu verpflichtet, seine Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren und sparsamer mit den eingesetzten Energieträgern umzugehen. Dass aber die Produktionsmenge dieses extrem ressourcen- und energieintensiven Baustoffs³³ am betreffenden Standort gesteigert wird, ist selbstverständlich erwünscht, und ebenso selbstverständlich wird die Bautätigkeit überall im Lande gefördert, auch wenn dadurch die ökologisch extrem schädliche Flächenversiegelung³⁴ vorangetrieben und das Mikroklima in den Ballungsräumen immer unerträglicher wird.

Hinzu kommt noch, dass der Staat selbst ganz massiv als Akteur der abstrakten Reichtumsproduktion auftritt und in dieser Funktion einen erheblichen Teil zur Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen beiträgt. Das betrifft in erster Linie den Ausbau und Erhalt der Infrastruktur, insbesondere für den Verkehr und die Energieversorgung, aber auch für die Digitalisierung, die einen immer größeren Teil der weltweiten Energie verschlingt. Dabei ist zu bedenken, dass eine gut ausgebaute Infrastruktur angesichts der zunehmenden Komplexität der Produktionszusammenhänge und deren räumlicher Zergliederung eine immer wichtigere Voraussetzung für die Produktion und den Vertrieb von Waren geworden ist und daher einen der wichtigsten ›Standortfaktoren‹ darstellt. Zugleich ist die Infrastruktur aber auch notwendige Bedingung für den privaten Konsum, insbesondere für bestimmte Arten des Konsums, die ihrerseits einen erheblichen Teil der natürlichen Ressourcen verschlingen.³⁵ In erster Linie gilt das für den Gebrauch des Autos und die energetische Versorgung der wuchernden Vorstadtsiedlungen, die sich der atomisierten Lebensweise verdanken, aber

33 Die weltweite Zementproduktion ist für ca. acht Prozent der globalen Treibhausgasemissionen (2,8 Mrd. t) verantwortlich. (Der Tagesspiegel, 20.9.2019), <https://www.tagesspiegel.de/wissen/die-klimaschaedliche-gier-nach-zement-klimakiller-beton/25033772.html>

34 »Täglich werden in Deutschland rund 56 Hektar als Siedlungsflächen und Verkehrsflächen neu ausgewiesen. Dies entspricht einer Flächenneuanspruchnahme – kurz Flächenverbrauch – von circa 79 Fußballfeldern.« <https://www.bmu.de/themen/europa-internationales-nachhaltigkeit-digitalisierung/nachhaltige-entwicklung/strategie-und-umsetzung/reduzierung-des-flaechenverbrauchs/>

35 Siehe dazu auch den Text von Ernst Lohoff *Wie Sand am Meer* in diesem Buch.

auch für die Nutzung des Internets und aller Arten elektronischer Geräte. Die Finanzierung der Infrastruktur ebenso wie die aller anderen staatlichen Aufgaben (vom Sozial- und Gesundheitssystem über die Bildung bis hin zu Polizei und Justiz) stammt natürlich aus der Selbstzweckbewegung der abstrakten Reichtumsproduktion, die der Staat über Steuern und Abgaben anzapft. Es schließt sich hier also der Kreis: Der Staat moderiert und reguliert den Prozess der endlosen Akkumulation des Kapitals, von dem er selbst in seinen Strukturen und Funktionen untrennbar abhängt. Es versteht sich daher fast von selbst, dass er kein Gegenspieler der Externalisierungslogik sein kann.

Natur ohne Interesse

Diese Überlegungen zur Stellung des Staates sollten nicht so verstanden werden, dass dieser in umweltpolitischer Hinsicht vollkommen handlungsunfähig wäre. Zwar bleibt er immer auf das System der abstrakten Reichtumsproduktion verwiesen und kann dessen destruktive Logik nicht durchbrechen, doch innerhalb davon besitzt er dennoch gewisse Handlungsspielräume, die im Einzelnen durchaus bedeutsam sein können. Es ist natürlich nicht egal, ob beispielsweise giftiger Müll einfach in die Landschaft gekippt oder auf Deponien entsorgt wird, ob die Städte bloß auf Autos ausgerichtet werden oder öffentliche Verkehrsmittel den Vorrang haben oder ob Solaranlagen statt Kohlekraftwerken gefördert werden. Ob die Politik diese Spielräume wenigstens für partielle Verbesserungen nutzt oder nicht, variiert erheblich von Land zu Land, denn es hängt in starkem Maße von den jeweils vorherrschenden politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ab. Allerdings stellt sich auch hier ein grundsätzliches Problem. Denn die Kräfteverhältnisse in der Arena des Politischen werden wesentlich bestimmt von der Frage, wie stark die verschiedenen partikularen Interessengruppen innerhalb eines Landes organisiert sind und wie gut es ihnen gelingt, ihre Interessen durchzusetzen. Das gesellschaftliche Naturverhältnis hat jedoch in diesem Interessenkampf keinen eigenständigen Platz. Denn so gegensätzlich all diese Partikularinteressen auch sein mögen und so erbittert sie gegeneinander ausgefochten werden, sie verorten sich letzten Endes immer *innerhalb* der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Daher bleiben auch sie immer auf die spezifische Form der kapitalistischen Reichtumsproduktion bezogen und

setzen zugleich explizit oder implizit deren inhärente Externalisierungslogik als selbstverständlich voraus. Dagegen kann das gesellschaftliche Naturverhältnis gar nicht die Form des Interesses annehmen, weil »die Natur« ja als das »Außen« der abstrakten Reichtumsproduktion gesetzt ist. Schon der *Form* nach ist das Interesse eine immanente Kategorie der kapitalistischen Vergesellschaftung und hat immer schon *partikularen* Charakter. In ihr drückt sich das äußerliche und verdinglichte Verhältnis der vereinzelt Einzelnen untereinander und auf ihren gesellschaftlichen Zusammenhang aus, den diese Einzelnen ja, wie oben erläutert, gerade in der Verfolgung ihrer Interessen erst herstellen (Neuendorff 1973, S. 17 f.; Trenkle 2019, S. 8 f.).³⁶ Das gesellschaftliche Naturverhältnis hingegen ist nicht als »Interesse« abbildbar, weil es keinen *partikularen* Charakter hat, sondern die stumme und *allgemeine* Voraussetzung der auf der Verfolgung von Interessen beruhenden kapitalistischen Vergesellschaftungsform darstellt. Aus diesem Grund bleibt das Naturverhältnis im politischen System des Staates systematisch unrepräsentiert, obwohl oder vielmehr *weil* es auf spezifische Weise diesem zugrunde liegt. Dieses Unsichtbarmachen des Naturverhältnisses verweist einmal mehr auf den inneren Zusammenhang zwischen der spezifisch kapitalistischen Reichtumsproduktion und der politischen Form, in der diese reguliert wird.

Der Mangel an politischer Repräsentation wird nur dort punktuell durchbrochen, wo bestimmte ökologische Schäden sich direkt auf partikuläre Interessen auswirken, beispielsweise wenn die Anwohner*innen eines Flughafens gegen dessen weiteren Ausbau protestieren oder wenn Landarbeiter*innen, die gesundheitlich unter dem Einsatz von Pestiziden zu leiden haben, sich gewerkschaftlich organisieren und für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. An solchen Punkten können sich zwar gesellschaftliche Konflikte entzünden, die über die Interessen der Betroffenen hinausgehen und auf eine Transformation des gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs zielen (Brand/Wissen 2017, S. 168 ff.); doch in der Regel beschränkt sich die Politisierung auf eine Artikulation partikularer Interessen, die dann dementsprechend auch gegeneinander ausgespielt werden

36 »Interesse ... ist gleichzeitig Grund und Folge der Vermittlung zwischen zwei sich zunächst wesentlich fremden Wesen: dem Subjekt und seinen Gegenständen« (Neuendorff 1973, S. 17). So gesehen ist der Begriff des Partikularinteresses eigentlich ein Pleonasmus.

können; klassischerweise in Gestalt des sogenannten Nimby-Protests,³⁷ der nur darauf zielt, das eigene unmittelbare Umfeld zu schützen, sich aber nicht darum schert, dass die >externen Effekte< anderweitig anfallen. Aber auch dort, wo ökologische Fragen Eingang in Partei- und Regierungsprogramme sowie in Gesetze und Verordnungen finden, müssen sie auf einzelne Forderungen oder Forderungskataloge heruntergebrochen werden, um mit der politischen Logik kompatibel zu sein. Auf diese Weise werden sie in die Form des repräsentierbaren und rechtlich zurechenbaren Interesses gepresst, während der Rahmen, innerhalb dessen die Interessenkonkurrenz ausgetragen wird, immer schon als selbstverständlich vorausgesetzt wird.

Damit aber wird der allgemeine Charakter des Naturverhältnisses schon auf ganz grundsätzliche Weise negiert. Der ökologische Zusammenhang wird fragmentiert und der Form nach in eine Vielzahl von partikularen Interessen aufgespalten, die sich in der allgemeinen Konkurrenz behaupten müssen. Die Verschmutzung der Ozeane muss dann beispielsweise auf der gleichen Ebene verhandelt werden wie der Erhalt von Arbeitsplätzen in der Autoindustrie oder der Bau von Hotelanlagen und Flughäfen, ganz so, als ließen sich diese völlig unterschiedlichen Fragen irgendwie auf einen Nenner bringen. Damit aber ist schon vorgezeichnet, dass die kapitalistische Form der Reichtumsproduktion gar nicht erst infrage gestellt werden kann, sondern vielmehr so getan werden muss, als ließe sich die kapitalistische Produktionsweise tatsächlich irgendwie auf >ökologische Nachhaltigkeit< trimmen.

In der schnöden politischen Praxis setzen sich dann freilich mit unschöner Regelmäßigkeit, bestenfalls solche >Kompromisse< durch, die den laufenden Betrieb nicht ernsthaft gefährden oder sogar bestimmten Sektoren, die vorgeblich >grüne Produkte< herstellen, noch zu neuem Schwung verhelfen. Das liegt nicht einfach nur daran, dass die Wirtschaftsverbände und großen Unternehmen ihre Interessen durchsetzen würden (das tun sie natürlich, wo und wie immer sie können), sondern daran, dass sich gegenüber dem Anliegen, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, immer auch Interessenkoalitionen zwischen Gruppen herausbilden, die ansonsten und in anderer Hinsicht durchaus gegeneinanderstehen. In besonderem Maße gilt das natürlich dort, wo die Interessen von Unternehmen, Gewerk-

37 Nimby ist das englischsprachige Akronym für *Not in my backyard* (Nicht in meinem Hinterhof).

schaften und politischer Administration am Erhalt bestimmter strategisch wichtiger Produktionsstandorte übereinstimmen – wie im Fall der deutschen Automobilindustrie, die einen geradezu sakrosankten Status genießt. Jüngstes Beispiel dafür ist die heftige Kritik der IG-Metall an der SPD, weil diese im Zuge des Corona-Konjunkturpakets keine Kaufprämie für Benzin- und Dieselaautos vorgesehen hat (Süddeutsche Zeitung 11.6.2020). Wenn dann noch die Interessen von mächtigen Konsumentengruppen ins Spiel kommen, wie gerade beim Automobil, haben ökologische Forderungen kaum Chancen. Man darf nicht vergessen, dass in solchen Interessenskoalitionen ja nicht nur eine Produktionsweise, sondern auch eine Konsum- und Lebensweise verteidigt wird, die ebenfalls auf der Externalisierung ihrer negativen Effekte auf »die Natur« ebenso wie auf einer Hierarchie zwischen den privilegierten kapitalistischen Zentren und der von diesen selbst erzeugten Peripherie beruht.³⁸ Ulrich Brand und Markus Wissen sprechen in diesem Zusammenhang sehr treffend von einer »imperialen Lebensweise« (Brand/Wissen 2017).

Bei der Verteidigung und Absicherung dieser imperialen Lebensweise spielt der Staat eine wichtige Rolle. Während ihm nach innen die Aufgabe zufällt, die schlimmsten Externalisierungsschäden zu verhindern oder zu reparieren und die destruktive Dynamik der allseitigen Interessenkonkurrenz abzumildern (jeweils abhängig von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und den ökonomischen Spielräumen des Landes im Rahmen der Weltmarktkonkurrenz), tritt nach außen jeder einzelne Staat selbst als partikulares Interessenssubjekt auf. Gegenüber allen anderen Ländern und Regionen versucht er, möglichst viele Vorteile für die von ihm repräsentierte Bevölkerung bzw. für die von ihm zusammengefassten Partikularinteressen zu ergattern. In dieser Funktion übt der Staat keinesfalls eine begrenzende Wirkung auf die Externalisierungslogik aus, sondern ist selbst aktiv an der Externalisierung beteiligt. Dabei spielt natürlich das internationale politische und militärische Machtgefälle eine wichtige Rolle. Es sind vor allem die Staaten des Globalen Nordens, denen es gelingt, ihre privilegierte Stellung im Weltgefüge auf Kosten des Globalen Südens auf vielfältige Weise zu behaupten. So etwa durch den Import von Rohstoffen und Agrarprodukten, deren Extraktion bzw. Produktion mit oft verheerenden Konsequenzen für

38 Vgl. dazu auch den Artikel von Julian Bierwirth *Vom leeren Land zum überflüssigen Menschen* in diesem Band.

die Menschen und die natürlichen Lebensgrundlagen vor Ort einhergeht; oder durch die Ausbeutung von Arbeitskräften unter den schlimmsten Bedingungen (Kinder- und Sklavenarbeit inklusive); oder durch die Entsorgung von Wohlstandsmüll jeder Art, der dann in Afrika, Asien oder Lateinamerika einfach in die Landschaft gekippt wird und die Menschen vergiftet. Diese Auflistung ist natürlich alles andere als vollständig, sondern gibt nur exemplarisch einen kleinen Ausschnitt der Schweinereien wieder, auf denen die privilegierte Stellung der kapitalistischen Zentren in der hierarchischen Weltordnung beruht (vgl. ausführlicher Lessenich 2018).

Die allgemeine Staatenkonkurrenz in Verbindung mit dem ungeheuren ökonomischen und politischen Machtgefälle zwischen den Staaten ist auch ein wesentlicher Grund dafür, weshalb internationale Vereinbarungen und Abkommen über ökologische Standards und die Reduktion von klimaschädlichen Emissionen systematisch zum Scheitern verurteilt sind. Da auf globaler Ebene, anders als im einzelstaatlichen Rahmen, keine übergeordnete Instanz existiert, die die zentrifugale Dynamik der Konkurrenz auch nur ansatzweise regulieren könnte, wären solche Abkommen theoretisch die einzige Möglichkeit, die Externalisierung von negativen Umwelteffekten zu begrenzen. Aber schon in den Verhandlungen darüber prallen Interessen aufeinander, die letztlich unvereinbar sind, vor allem auch deshalb, weil natürlich kein Staat auf seine Privilegien oder Vorteile verzichten will (so er denn über solche verfügt). Die vagen Kompromisse, die dann zustande kommen, laden ihrerseits förmlich dazu ein, gar nicht erst eingehalten oder irgendwie umgangen zu werden, da ja keine ernsthaften Konsequenzen zu befürchten sind.³⁹ Deshalb wurden die optimistischen Erwartungen, die sich zunächst mit den diversen Weltklimakonferenzen seit 1992 verbanden, herbe enttäuscht; und es ist davon auszugehen, dass infolge des grassierenden Nationalismus und angesichts zunehmender weltwirtschaftlicher Turbulenzen die Bereitschaft für ein koordiniertes Vorgehen noch weiter abnehmen und stattdessen die Staatenkonkurrenz sich deutlich verschärfen wird (vgl. Lohoff 2016).

39 Selbst der Bundesrechnungshof (!) kritisiert in einem aktuellen Bericht, dass die deutsche Regierung viel zu wenig dafür tue, um die *Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung*, die von den UN im Jahr 2015 beschlossen wurde, umzusetzen. Zwar habe die Bundesregierung ein 260-seitiges Programm verabschiedet, aber die darin enthaltenen Ziele würden faktisch kaum realisiert (*Süddeutsche Zeitung*, 9.7.2020, S. 7).

Die Aufhebung des abstrakten Reichtums

Es gibt also keinen Anlass zur Hoffnung, dass es gelingen könnte, die ökologische Katastrophe zu stoppen oder auch nur ernsthaft abzubremsen, solange die Gesellschaft der kapitalistischen Logik gehorcht. Selbst wenn der CO₂-Ausstoß innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahrzehnte tatsächlich substanziell reduziert werden sollte, wie es jetzt auf EU-Ebene proklamiert wird, würde damit das Problem nur auf andere Bereiche verlagert (etwa in Gestalt der E-Mobilität). Denn wie man es auch drehen und wenden mag, die kapitalistische Produktions- und Lebensweise ist mit dem Prinzip der ökologischen Nachhaltigkeit unvereinbar.⁴⁰ Im Grunde weiß das auch ein Großteil der Gesellschaft oder ahnt es zumindest, verdrängt diese Einsicht jedoch gewaltsam, weil es keinen Ausweg zu geben scheint. Es ist das große Verdienst der Klimabewegung, dass sie diese kollektive Verdrängung wenigstens kurzzeitig zutage gebracht, die ökologische Frage wieder in den gesellschaftlichen Diskurs getragen und auf die politische Tagesordnung gesetzt hat. Gelungen ist ihr das nicht zuletzt deshalb, weil sie zunächst höchst unpolitisch auftrat, insofern sie einfach nur mit ungeheurer Vehemenz Forderungen erhob, die sich unmittelbar aufs Ganze richteten (Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen), und diese vor allem moralisch und durch Berufung auf naturwissenschaftliche Einsichten begründete. Das trug zwar ganz erheblich zu ihrer Breitenwirkung und zu einer äußerst positiven Resonanz in den öffentlichen Medien bei, entpuppte sich letztlich aber auch als Schwäche. Denn da eine kritische Reflexion auf die der ökologischen Zerstörung zugrundeliegenden gesellschaftlichen Strukturzusammenhänge weitgehend fehlte und stattdessen bloß an die Politik appelliert wurde, sie solle doch endlich tun, was ihr die Wissenschaft empfehle, war es leicht, die Bewegung einerseits als politisch unbedarft zu diskreditieren und andererseits Teile von ihr sehr schnell realpolitisch zu vereinnahmen.

Es wäre freilich billig, der Klimabewegung vorzuwerfen, dass sie keine grundsätzliche Kritik an der abstrakten Reichtumsproduktion und an der Politik formuliert hat. Wie jede spontane Bewegung hat sie sich in Bezug auf konkrete Fragen formiert, diese zunächst einmal als solche thematisiert und sich dabei der Begriffe bedient, die ihr zur Verfügung standen. Doch auf Dauer reicht das eben nicht aus. Wenn aus den Klimaprotesten eine wirk-

⁴⁰ Mit Ingolfur Blühdorn (2020) könnte man sagen, dass die kapitalistische Produktions- und Lebensweise nachhaltig nicht-nachhaltig ist.

mächtige Kraft hervorgehen soll, die die gesellschaftliche Transformation vorantreibt, muss die Kritik zugespitzt und die kapitalistische Produktions- und Lebensweise radikal infrage gestellt werden. Andernfalls wird sich der bereits jetzt sichtbare Zerfall der Bewegung, der nicht nur den Einschränkungen durch Anti-Corona-Maßnahmen geschuldet ist, sondern schon nach den Höhepunkten des Jahres 2019 eingesetzt hat, weiter fortsetzen.

Die Radikalisierung, von der hier die Rede ist, bezieht sich zunächst einmal auf die Inhalte der notwendigen gesellschaftlichen Transformation, also auf die Zielformulierung. Das Ziel einer Bewegung, die konsequent für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und für ein gutes Leben für Alle kämpft, kann nur die Aufhebung der abstrakten Reichtumsproduktion und der ihr inhärenten Externalisierungslogik sein. Positiv formuliert, geht es um die Herstellung einer Gesellschaft, in der die Menschen nicht von ihren eigenen gesellschaftlichen Beziehungen in verdinglichter Form beherrscht werden, sondern in der sie selbst in freier Absprache über ihren gesellschaftlichen Zusammenhang verfügen.

Eine solche Zielsetzung sieht sich typischerweise mit dem Einwand konfrontiert, sie sei unrealistisch und >abstrakt< und behindere daher jeden Ansatz praktischen Handelns und politischer Intervention im Hier und Heute. Auch im Umfeld der Klimabewegung wird so oder so ähnlich argumentiert. Beispielsweise vertreten in einem von der Zeitung TAZ produzierten Video zwei Klimaaktivistinnen, Lilith Rein und Ruth Kron, und die TAZ-Redakteurin Ulrike Herrmann den Standpunkt, ein gesellschaftlicher Systemwandel von Unten sei zwar wünschenswert, nur hätten wir dafür leider die Zeit nicht mehr, weil die Klimakatastrophe auf uns zürase. Daher gebe es nur eine Alternative: Der Staat müsse den Umstieg planen, »und zwar jeden einzelnen Schritt«, wie Herrmann betont.⁴¹ Diese Reorientierung auf den Staat als gesellschaftliche Planungs- und Kommandozentrale liegt im Trend der Zeit, und sie ist, angesichts der Dramatik der ökologischen Krise, in gewisser Weise durchaus nachvollziehbar. Dennoch stellt sie einen ebensolchen – und vielleicht noch gefährlicheren – Irrweg dar wie die allfällige Illusion von einem >grünen Kapitalismus<.

Zum einen wird ganz grundsätzlich die Handlungsmacht des Staates überschätzt und unterstellt, dieser stehe *über* der kapitalistischen Logik

⁴¹ *Klima vs. Kapitalismus – Brauchen wir einen Systemwandel?* (min 5:37–5:58), www.youtube.com/watch?v=EOUovAzR2fg

und der ihr zugehörigen Form der Reichtumsproduktion und sei nicht etwa ein integraler Teil davon. Dabei lehrt schon die historische Erfahrung mit dem sogenannten Realsozialismus, dass der Staat keineswegs in der Lage ist, die Zwänge der Warenproduktion auszuschalten, sondern nur versuchen kann, sie irgendwie zu steuern (Kurz 1991; Stahlmann 1990). Die Resultate dieses Versuchs sind allerdings in aller Regel nicht nur wirtschaftlich, sondern auch ökologisch katastrophal, und sie setzen überdies ein striktes politisches Kontrollregime voraus, das nun wirklich rein gar nichts mit gesellschaftlicher Emanzipation zu tun hat. Zum anderen könnte ein neuer Staatsdirigismus unter den Krisenbedingungen des 21. Jahrhunderts gar nichts anderes sein als ein autoritäres Regime kapitalistischer Notstandsverwaltung, das keineswegs die ökologischen Probleme lösen würde, sondern allenfalls die privilegierten sozialen Schichten in den kapitalistischen Zentren eine Zeitlang vor den schlimmsten Folgen der Klimakrise schützt und zugleich den Ausschluss der ›Überflüssigen‹ aus der Peripherie noch effektiver organisiert, als es bereits der Fall ist.

Deshalb ist es kein Luxus, sich gerade jetzt die emanzipative Aufhebung der kapitalistischen Reichtumsproduktion auf die Fahnen zu schreiben, sondern der einzig wirkliche Ausweg aus der Spirale der ökologischen Zerstörung, der sozialen Exklusion und der autoritären Formierung der Gesellschaft. Natürlich lässt sich ein solches Ziel nicht von heute auf morgen verwirklichen. Es dient aber als notwendiger Orientierungspunkt für den gesellschaftlichen Transformationsprozess, der sich selbstverständlich in Etappen vollziehen muss und dessen Inhalt nur die Entwicklung von Strukturen einer allgemeinen und freien gesellschaftlichen Selbstorganisation jenseits von Warenproduktion und staatlicher Verwaltungs- und Herrschaftslogik sein kann. Zugleich ist eine übergreifende emanzipative Zielsetzung aber auch eine wichtige Voraussetzung für die Formierung einer globalen Transformationsbewegung. Denn in Bezug auf sie können soziale Bewegungen, die sich weltweit gegen die verschiedenen Ausprägungen der kapitalistischen Herrschaft und die ökologische Zerstörung zur Wehr setzen, einen gemeinsamen Handlungsrahmen entwickeln und sich so in eine gesellschaftliche Kraft verwandeln, die die kapitalistische Produktions- und Lebensweise grundsätzlich infrage stellt.

Um ein gängiges Missverständnis zu vermeiden, sei gesagt, dass es nicht darum geht, abseits der kapitalistischen Maschinerie in irgendwelchen Nischen ›alternative‹ Lebensformen zu etablieren. Solche Vorstellun-

gen waren angesichts des imperialistischen Zugriffs der kapitalistischen Warenproduktion, die dazu tendiert, alle Ressourcen zu monopolisieren, immer schon zum Scheitern verurteilt; in Zeiten der Globalisierung und einer weltweiten Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen sind sie endgültig illusorisch geworden. Vielmehr ist eine Transformation der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion nur vorstellbar als konfliktreiche Auseinandersetzung um die systematische Aneignung von Ressourcen, Eigentumsrechten und gesellschaftlichen Räumen für die Entwicklung neuer Formen selbstorganisierter und kooperativer Produktions- und Lebensweisen. Dazu gehört auch, dass die Ebene der Politik nicht einfach geräumt und den hegemonialen Kräften überlassen werden darf. Zwar kann das Ziel nicht darin bestehen, den Staat zu erobern, wie in den klassischen und längst überholten Vorstellungen von Revolution; dennoch muss die Ebene des gesellschaftlich Allgemeinen, die in der kapitalistischen Gesellschaft vom Staat und seinen Institutionen okkupiert ist, grundlegend transformiert werden und wird daher heftig umkämpft sein. Das wird auch Auseinandersetzungen um Fragen einschließen, die auf den ersten Blick als immanent-politisch erscheinen mögen, etwa Kämpfe für kostenlose öffentliche Verkehrsmittel, für ein gutes Gesundheitswesen oder für günstige Wohnungen. Aber in der Perspektive einer grundlegenden gesellschaftlichen Transformation gewinnen solche Kämpfe einen anderen Charakter und werden zu Schritten, die aus der Logik der Warenproduktion herausführen.⁴²

Ohne weitere Überlegungen darüber anzustellen, wie ein emanzipatorischer Transformationsprozess verlaufen könnte, möchte ich abschließend noch einmal genauer auf sein *Ziel* eingehen, also auf die Frage, was eine Aufhebung des abstrakten Reichtums und der ihm zugrundeliegenden Form der Vergesellschaftung bedeuten würde.

Ausgangspunkt dieses Textes war die weit verbreitete und berechtigte Kritik an dem äußerst engen Begriff von Reichtum in der kapitalistischen Gesellschaft, der sich letztlich nur auf monetäre Größen beschränkt. Diese Verengung resultiert jedoch nicht, so habe ich argumentiert, aus einer falschen Definition, Vorstellung oder Messung von Reichtum, wie es in der Postwachstumsdebatte vielfach nahegelegt wird; vielmehr hat sie ihren

42 Vgl. dazu auch den Text von Lothar Galow-Bergemann und Ernst Lohoff *Gestohlene Lebenszeit* in diesem Band.

Grund in der Herauslösung der Reichtumsproduktion aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang als eigener Sphäre, in der als Reichtum nur gilt, was sich in der Form von Wert darstellt. Diese Herauslösung beruht aber ihrerseits auf der Zersplitterung der Gesellschaft in vereinzelte Einzelne, die ihre partikularen Interessen gegeneinander verfolgen und sich über die Herstellung von Waren (also die Verausgabung isolierter Privatarbeit) miteinander in Beziehung setzen. Aufhebung der abstrakten Reichtumsproduktion bedeutet daher zuallererst und ganz grundsätzlich die Aufhebung dieser absonderlichen und in sich widersprüchlichen gesellschaftlichen Beziehungsform. Anders gesagt, es geht darum, die verdinglichte gesellschaftliche Vermittlung über die Produktion von Waren (und damit über die Arbeit) durch neue Formen einer freien und allgemeinen gesellschaftlichen Kooperation und Selbstorganisation zu ersetzen (Sutterlütti/Meretz 2018).

Das hat entscheidende Konsequenzen für den Begriff des gesellschaftlichen Reichtums. Wo die Individuen sich zusammenschließen, um gemeinsam und mittels freier Absprache ihre gesellschaftlichen Beziehungen zu organisieren, stellt die Reichtumsproduktion keine herausgelöste Sphäre mehr dar, die einen exklusiven Status beansprucht und alles andere als ihr >Außen< definiert; vielmehr werden die bisher dort angesiedelten Tätigkeiten in den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang zurückgenommen und dadurch zugleich grundlegend transformiert. Denn wo die Dinge nicht mehr bloß Mittel zur Vermehrung des abstrakten Reichtums darstellen, kann ihre Produktion unter Berücksichtigung ökologischer und stofflicher Kriterien sowie konkreter, sinnlicher Bedürfnisse ganz anders organisiert werden. Es gibt dann zum Beispiel keinen Grund mehr für eine permanente Beschleunigung des Produktionsrhythmus und auch nicht dafür, künstlichen Verschleiß einzubauen sowie ständig neue Moden, Gerätegenerationen und dergleichen in die Welt zu setzen (ein wichtiger Treiber für exzessiven Ressourcenverschleiß). Und es gibt auch kein verdinglichtes Kriterium mehr für eine Hierarchie zwischen verschiedenen Tätigkeiten und für die systematische Abwertung insbesondere von Care- und Haushaltstätigkeiten.

Ganz grundsätzlich gilt, dass sich das Verständnis dessen, was als Reichtum gilt, in einem umfassenden Sinne erweitern wird. Reichtum ist dann nicht mehr zwangsläufig an ein Tun gebunden wie in der kapitalistischen Gesellschaft, wo die Arbeit die allgemeine Norm darstellt, die auch auf all jene Tätigkeitsbereiche ausstrahlt, die keine Waren produzieren. Zum

gesellschaftlichen Reichtum gehören dann auch Muße und Nichtstun, Freundschaft und persönliche Beziehungen, schöne Landschaften, lebenswerte Städte und vieles anderes mehr, was heute allenfalls in Nischen ein Dasein fristet oder in der Gestalt von gesonderten Warenangeboten kompensatorisch befriedigt wird. Vielleicht ist unter diesen Bedingungen ohnehin der Begriff des gesellschaftlichen Reichtums hinfällig, weil gar nichts Spezifisches mehr damit bezeichnet werden kann.

Wesentlich ist auch, dass es unter diesen Voraussetzungen keinen strukturellen Zwang mehr dafür gibt, die natürlichen Lebensgrundlagen systematisch zu zerstören; denn diese gelten dann nicht mehr als ein >Außen< des gesellschaftlichen Reichtums, das bedenkenlos verbraucht werden kann, sondern stellen einen integralen Bestandteil davon dar. Damit soll nicht das fragwürdig-idyllische Bild einer Gesellschaft gezeichnet werden, die sich harmonisch in >die Natur< einfügt. Vielmehr wird das Naturverhältnis immer auch Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen sein. Fragen beispielsweise danach, welche natürliche Ressourcen auf welche Weise genutzt, wie Landschaften (die ja immer schon Kulturlandschaften sind) gestaltet oder wie Landwirtschaft und Tierhaltung organisiert werden sollen, müssen die Gesellschaft immer beschäftigen und lassen sich sicherlich nie abschließend klären. Aber die jeweiligen Antworten sind dann nicht vorgeprägt durch die Zwänge einer verselbstständigten Reichtumsproduktion und müssen sich nicht im allseitigen Kampf der Partikularinteressen behaupten, sondern können sich an Kriterien orientieren, wie sie in der Nachhaltigkeitsdebatte längst formuliert wurden (z.B. keine Eingriffe zu tätigen, deren Konsequenzen nicht wieder rückgängig gemacht werden können), aber unter den Bedingungen der abstrakten Reichtumsproduktion bloßen Appellcharakter haben können.

Entsprechendes gilt für den Zugang zu den natürlichen und gesellschaftlichen Ressourcen im globalen Maßstab. Es versteht sich eigentlich von selbst, dass in einer auf allgemeiner Kooperation und Selbstorganisation beruhenden Gesellschaft nicht ein Teil der Welt auf Kosten des anderen leben kann. Zwar wird es zweifellos immer wieder Auseinandersetzungen darüber geben und geben müssen, wie zum Beispiel notwendige Ressourcen allgemein zur Verfügung gestellt oder globale Infrastrukturen (vor allem Kommunikation und Verkehr) organisiert werden sollen. Doch auch hier sind wieder die entsprechenden Entscheidungen nicht von vorneherein durch ein strukturelles Machtgefälle, versachlichte Zwänge und ökonomische

Interessen geprägt, sondern müssen in offenen (welt-)gesellschaftlichen Diskussionsprozessen getroffen werden. Eine der ersten und dringlichsten Aufgaben wird dabei sicherlich darin bestehen, die extremen Ungleichgewichte zu beseitigen, die im Rahmen der kapitalistischen Weltordnung geschaffen und befestigt worden sind. Mit anderen Worten, die bisher von der kapitalistischen Logik privilegierten Regionen und Teile der Weltbevölkerung müssen massiv dazu beitragen, die durch die jahrhundertelange Ausbeutung im Globalen Süden verursachten Schäden zu beseitigen und die Voraussetzungen für ein gutes Leben auf der gesamten Welt zu schaffen.

Diese Aufgabe beginnt ebenso wie der ökologische Umbau der Produktion und die Entwicklung der neuen Strukturen gesellschaftlicher Kooperation nicht erst in ferner Zukunft, sondern stellt sich bereits heute für die sozialen Bewegungen, die sich am Ziel einer Aufhebung des abstrakten Reichtums orientieren. Wie auch immer diese Bewegungen sich im Einzelnen konstituieren und organisieren, um eine so weitgehende Transformation umsetzen zu können, müssen sie von vorneherein auf den globalen Zusammenhang ausgerichtet sein und die transnationale Kooperation in den Mittelpunkt stellen. Denn die gesellschaftliche Alternative wächst nicht aus irgendwelchen Nischen hervor, sie kann sich nur im Kampf um das gesellschaftliche Ganze konstituieren. Die Transformation der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise muss die Züge der neuen Gesellschaft bereits im Ansatz vorwegnehmen; sie ist ein langer konfliktreicher Prozess, in dessen Verlauf sich die Gesellschaft neu erfindet.

Literatur

- Brand, Ulrich/ Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: Oekom Verlag
- Bierwirth, Julian (2013): Gegenständlicher Schein. Zur Gesellschaftlichkeit von Zweckrationalität und Ich-Identität. *Krisis* 3/ 2013. Online abrufbar unter: <https://www.krisis.org/2013/julian-bierwirth-gegenstaendlicher-schein/>
- Bierwirth, Julian (2019): Die Geburt des Ich. Aspekte von Identität und Individualität. *Krisis* 1/2019. Online abrufbar unter: <https://www.krisis.org/2019/die-geburt-des-ich-krisis-12019/>
- Blühdorn, Ingolfur (2020): Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet. Bielefeld: transcript Verlag

- Diefenbacher, Hans/ Zieschank, Roland (2011): Woran sich Wohlstand wirklich messen lässt. Alternativen zum Bruttoinlandsprodukt. München: oekom verlag
- Exner, Andreas/ Lauck, Christian/ Kulterer, Konstantin (2008): Die Grenzen des Kapitalismus. Wie wir am Wachstum scheitern. Wien: Ueberreuter
- Federici, Silvia (2012): Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution. Münster: Edition Assemblage
- Gruppe Krisis (1999): Manifest gegen die Arbeit. Nürnberg: Förderverein Krisis. Online abrufbar unter: www.krisis.org/1999/manifest-gegen-die-arbeit/
- Haller, Christian (2012): Menschenbild und Wirtschaft: Eine philosophische Kritik und Erweiterung des Homo oeconomicus. Marburg: Tectum Verlag
- Habermann, Friederike (2008): Der homo oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität und Emanzipation. Baden Baden: Nomos
- Henze A./ Kämmerer S./ Schmitz P.M. (1996): Die monetäre Bewertung positiver und negativer externer Effekte der Landwirtschaft — Erfahrungen und Perspektiven. In: Linckh G./ Sprich H./ Flaig H./ Mohr H. (Eds.) Nachhaltige Land- und Forstwirtschaft. Veröffentlichungen der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg. Berlin, Heidelberg: Springer
- Immler, Hans/ Schmied-Kowarzik/ Wolfdietrich (1984): Marx und die Naturfrage. Ein Wissenschaftstreit. Hamburg: VSA
- Jackson, Tim (2012): The Regional Index of Sustainable Economic Well-Being (R-ISEW). Online abrufbar unter:
https://ec.europa.eu/environment/beyond_gdp/download/factsheets/bgdp-ve-isew.pdf
https://ec.europa.eu/environment/beyond_gdp/download/factsheets/bgdp-ve-isew.pdf
- Kant, Immanuel (1784): Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht, in: Der Bonner Kant Korpus, Band VIII, S. 15-31. Online abrufbar unter: <https://korpora.zim.uni-duisburg-essen.de/kant/>
- Kurz, Robert (1991): Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernen-Sozialismus zur Krise der Weltökonomie. Frankfurt am Main: Eichborn Verlag
- Lepenius, Philipp (2013): Die Macht der einen Zahl. Eine politische Geschichte des Bruttoinlandsprodukts. Berlin: Suhrkamp Verlag
- Lessenich, Stephan (2018): Neben uns die Sintflut. Wie wir auf Kosten anderer leben. München: Piper
- Lewed, Karl-Heinz (2005): Schopenhauer on the rocks. Über die Perspektiven postmoderner Männlichkeit. In: Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft 29/2005. Online abrufbar unter: <https://www.krisis.org/2005/schopenhauer-on-the-rocks/>
- Lohoff, Ernst (2006): Ohne festen Punkt. In: Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft 30/2006. Online abrufbar unter: <https://www.krisis.org/2006/ohne-festen-punkt/>

- Lohoff, Ernst (2014): Kapitalakkumulation ohne Wertakkumulation. Der Fetischcharakter der Kapitalmarktwaren und sein Geheimnis. *Krisis* 1/2014. Online abrufbar unter: <https://www.krisis.org/2014/kapitalakkumulation-ohne-wertakkumulation/>
- Lohoff, Ernst (2016): Die letzten Tage des Weltkapitals. Kapitalakkumulation und Politik im Zeitalter des fiktiven Kapitals. *Krisis* 5/2016. Online abrufbar unter: <https://www.krisis.org/2016/die-letzten-tage-des-weltkapitals/>
- Lohoff, Ernst (2017): Zwei Bücher – zwei Standpunkte. Zur Diskussion um Die große Entwertung und Geld ohne Wert. Online abrufbar unter: <https://www.krisis.org/2017/zwei-buecher-zwei-standpunkte/>
- Lohoff, Ernst (2018): Die allgemeine Ware und ihre Mysterien. *Krisis* 2/2018. Online abrufbar unter: <https://www.krisis.org/2018/krisis218/>
- Lohoff, Ernst (2020): Warum das Wohnen unbezahlbar wird und was dagegen zu tun ist. *Krisis* 1/2020. Online abrufbar unter: <https://www.krisis.org/2020/warum-das-wohnen-unbezahlbar-wird-und-was-dagegen-zu-tun-ist-krisis-12020/>
- Lohoff, Ernst/ Trenkle, Norbert (2012): Die große Entwertung. Warum Spekulation und Staatsverschuldung nicht die Ursache der Krise sind. Münster: Unrast Verlag
- MEW 23 = Marx, Karl: Das Kapital, Band 1. In: Marx-Engels-Werke Band 23, Berlin: Dietz Verlag, 1983
- MEW 25 = Marx, Karl: Das Kapital, Band 3. In: Marx-Engels-Werke Band 25, Berlin: Dietz Verlag, 1986
- MEW 42 = Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: Marx-Engels-Werke Band 42, Berlin: Dietz Verlag, 1983
- Neuendorff, Hartmut (1973): Der Begriff des Interesses, Frankfurt/M. 1973
- O’Neill, Dan (2016): Bruttoinlandsprodukt. In: D’Alisa, Giacomo/ Demaria, Federico/ Kallis, Giorgos (Hrsg.): Degrowth. Handbuch für eine neue Ära. München: Oekom Verlag, S. 85-89
- Polanyi, Karl (1995 [1944]): The Great Transformation. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Postone, Moishe (2003): Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft. Freiburg: Ça ira
- Raith, Dirk (2016): BIP. Kritik und Alternativen. Graz: Impulszentrum Zukunftsfähiges Wirtschaften. Online abrufbar unter: <http://www.imzuwi.org/index.php/79-ueber-uns/160-nwi-nationaler-wohlfahrtsindex>
- Scholz, Roswitha (1992): Der Wert ist der Mann. Thesen zu Wertvergesellschaftung und Geschlechterverhältnis. In: *Krisis*. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft 12/1992. Bad Honnef: Horlemann
- Smith, Adam (1905 [1784]): Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Volkswohlstandes. Berlin: R. Prager
- Stahlmann, Johanna W. (1990): Die Quadratur des Kreises. Funktionsmechanismus und Zusammenbruch der sowjetischen Planökonomie. In: *Krisis*. Beiträge zur

- Kritik der Warengesellschaft 8/9. Erlangen: Krisis-Verlag. Online abrufbar unter: <https://www.krisis.org/1990/die-quadratur-des-kreises/>
- Stiglitz, Joseph (2019): Das BIP kann die wahren Probleme einer Volkswirtschaft nicht abbilden. In: Handelsblatt, 3.1.2019. Online abrufbar unter: <https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-das-bip-kann-die-wahren-probleme-einer-volkswirtschaft-nicht-abbilden/23820898.html>
- Sutterlütti, Simon/Meretz, Stefan (2018): Kapitalismus aufheben. Eine Einladung, über Utopie und Transformation neu nachzudenken. Hamburg: VSA.
Online abrufbar unter: <https://commonism.us/download/>
- Trenkle, Norbert (2007): Aufstieg und Fall des Arbeitsmanns. In: Exner, Andreas/Rätz, Werner/ Zenker, Birgit (Hrsg.): Grundeinkommen. Soziale Sicherheit ohne Arbeit. Wien: Deuticke. Online abrufbar unter: <https://www.krisis.org/2008/aufstieg-und-fall-des-arbeitsmanns/>
- Trenkle, Norbert (2016): Die Arbeit hängt am Tropf des fiktiven Kapitals. Eine Antwort auf Geht dem Kapitalismus die Arbeit aus? von Christian Siefkes. In: Krisis 1/ 2016. Online abrufbar unter: <https://www.krisis.org/2016/die-arbeit-haengt-am-tropf-des-fiktiven-kapitals/>
- Trenkle, Norbert (2019): Ungesellschaftliche Gesellschaftlichkeit. Der Widerspruch zwischen Individuum und Gesellschaft als Kernpunkt gesellschaftskritischer Theorie. Online abrufbar unter: <https://www.krisis.org/2019/ungesellschaftliche-gesellschaftlichkeit/>
- Trenkle, Norbert (2020): Der andere Marx. Warum es keinen neuen Klassenkampf gibt und die Marx'sche Theorie dennoch hochaktuell ist. In: Soziopolis, 9.6.2020. Online abrufbar unter: <https://www.sociopolis.de/beobachten/gesellschaft/artikel/der-andere-marx/>
- von Braun, Christina (1988): Nicht-Ich. Logik, Liebe, Libido. Frankfurt am Main: Neue Kritik
- Wicke, Lutz (1993): Umweltökonomie. München: Verlag Vahlen
- Wichterich, Christa (2013): Haushaltsökonomien in der Krise. In: Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik (Zürich), Nr. 62, S. 66-73. Online abrufbar unter: <https://www.e-periodica.ch/digbib/view?pid=wis-001:2013:32 - 71>
- Wichterich, Christa (2016): Feministische internationale politische Ökonomie und Sorgeextraktivismus, in: Brand, U./ Schwenken, H./ Wullweber, J. (Hrsg.): Globalisierung analysieren, kritisieren und verändern. Das Projekt Kritische Wissenschaft. Hamburg, S. 54-71